

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Der Zeitungshändler und der Kioskbetreiber erhalten

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaft

Abonnementspreise monatlich (inkl. Post) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15 690. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Erschließung: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Anzeigen 0,20 RM. für die Reklameweile an der Expedition Dresdner-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bedarfs besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Anzeigen

**KUNDGEBUNG**  
22. Januar, 10 Uhr  
Zirkus Sarrazani  
Stjachsen  
Anst und Wissen

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 17. Januar 1928 Nummer 14

## Die Front der 50 000

Die Streiklage in Mitteldeutschland / Glänzende Kampfstimmung / Heute Schlichtungsverhandlungen

### Geschlossene Kampfaufnahme

Halle, 17. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Dem Beschluß der Bezirkskonferenz des DMB, die Sonnabend im Volkspark in Halle stattfand und die Ausnahme des Kampfes proklamierte, sind die Metallarbeiter restlos gefolgt. In Mitteldeutschland ruhen sämtliche Metallbetriebe. Von dem Streik sind rund 50 000 Metallarbeiter erfaßt, davon allein in Halle etwa 20 000. In Jersch, Dessau, Bernburg und Stahlfurt ist die Arbeit seit Montag früh niedergelegt. In Thale befinden sich die Metallbetriebe ebenfalls im Streik.

Der Reichsarbeitsminister hat die am Lohnkonflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie beteiligten Parteien für heute Dienstag 10,30 Uhr zu Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium geladen.

Der Streik der 50 000 mitteldeutschen Metallarbeiter hat mit großer Kampfbegeisterung im Bezirk eingeschlagen. In Halle fand eine von etwa 6-7000 Personen besuchte Streikversammlung im Volkspark statt. Die Kampfstimmung der aufmarschierenden Metallarbeiter war glänzend. Den Ausführungen der Bevollmächtigten, den Kampf bis zum siegreichen Ende fortzuführen, stimmten die Arbeiter begeistert zu. Bemerkenswert ist, daß auch die Betriebe, wo das Organisationsverhältnis ein sehr schlechtes ist, geschlossen die Arbeit niedergelegt. Streikbrecher sind so gut wie gar nicht zu verzeichnen. Die Arbeit der Metallindustrie in Halle ruht vollkommen. Die Streikabschlüsse in den Betrieben legen ein glänzendes Zeugnis für die Kampfstimmung der Arbeiterschaft ab, da in allen Betrieben mit 90 bis 100 Prozent Mehrheit die Aufnahme des Kampfes noch vor Ablauf der Erklärungsfrist beschlossen wurde.

In Magdeburg legten am Montagmorgen die Arbeiter bei Krupp und O. Gruber und anderen Großbetrieben die Arbeit geschlossen nieder. Auch hier ergab die Abstimmung eine fast 100prozentige Zustimmung für

den sofortigen Kampf. In den kleineren Betrieben und im übrigen Bezirk war das Abstimmungsergebnis ebenso.

In Dessau, wo bei den Metallarbeitern noch das Kündigungsweien vorherrscht, versuchten die Unternehmer mit dem Hinweis auf die Kündigungsfrist die Metallarbeiter vom Kampf zurückzuhalten. Das ist ihnen nicht gelungen.

Auf den Straßen und Plätzen fanden spontan Betriebsversammlungen statt. Überall wurde einstimmig für sofortige Kampfaufnahme entschieden. Zur Abwägung des mit großem Eifer begonnenen Kampfes hat der Reichsarbeitsminister heute die Parteien bereits zu Verhandlungen nach Berlin geladen. Die mitteldeutschen Metallarbeiter und auch die übrige Arbeiterschaft verlangt, daß die Gewerkschaftsführer sich bei diesen Verhandlungen in keinerlei feste Vereinbarungen einlassen, sondern daß über Annahme oder Ablehnung irgendwelcher Vorschläge die Streikenden selbst entscheiden.

Gleichzeitig müssen die Streikenden überall darauf bestehen, daß unter keinen Umständen die Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsspruches von den Gewerkschaften anerkannt, sondern schon jetzt festgelegt wird, daß der Kampf auch gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsspruches, wenn er nicht die restlose Erfüllung von 15 Prozent Lohnerhöhung vorsieht, weitergeführt wird.

Der Vorwärts, der in seiner gestrigen Ausgabe noch radikale Töne über die Begeisterung des Kampfes der mitteldeutschen Metallarbeiter fand, macht heute bereits den ersten Rückzug für einen eventuellen Schlichtungsspruch des Reichsarbeitsministeriums, indem er nicht eine einzige Zeile zur Unterstützung des mitteldeutschen Metallarbeiterkampfes bringt, sondern lediglich auf der letzten Seite eine Notiz von wenigen Zeilen steht, die den allgemeinen Ausbruch des Kampfes wiedergibt.

### Wozu Ministerkonferenz?

Die Ministerkonferenz, die unter großer Ausmachung und unter Teilnahme von 18 Ministerpräsidenten und hundert anderen Mitgliedern der höchsten Bureaucratie der Hindenburg-Republik in Berlin soeben begonnen hat, ist eine Tagung, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der großen Offensive der deutschen Bourgeoisie für das Jahr 1928 steht.

Sie erfolgt unter dem Druck der führenden Kreise der Großbourgeoisie, die zum Ausgangspunkt ihrer Offensive gegen die Arbeiterklasse und zu einem ihrer wichtigsten Ziele die Rationalisierung des Staates gemacht haben. Diese Frage steht im Mittelpunkt der Konferenz.

Damit ist nicht gesagt, daß die Konferenz schon wesentliche Fortschritte zur Realisierung dieses Zieles machen wird. Die Gegenkräfte in den verschiedenen Lagern der Bourgeoisie kommen gerade auf der Konferenz stark zum Ausdruck. Die Ministerkonferenz ist gleichzeitig eine Versammlung, in der die föderalistischen Länderinteressen verhältnismäßig stark zum Ausdruck kommen müssen. Stärker als je in der Weltgeschichte gegenüber dem, wenn auch noch in der Gruppierung begriffenen, geschlossenen Macht des Großkapitals wirksam sind.

Das tritt schon in der die Ministerkonferenz vorbereitenden Diskussion in Erscheinung. Ein Teil der süddeutschen Bourgeoisie, die bayerische unter Führung von Held, die württembergische unter Führung von Bazille und die badische unter Führung des Sozialdemokraten Kemmels, ließ in dieser Diskussion keinen Zweifel, daß sie entschlossen sei, mit allen Mitteln ihre föderalistischen Interessen gegenüber den zentralistischen Tendenzen zu verteidigen. Eine ungemein scharfe Diskussion beispielsweise erfolgte zwischen der Kölnischen Zeitung, dem volksparteilichen Blatte, das die Führung des Kampfes um den „nationalen Einheitsstaat“ übernommen hat, und den bayerischen Vertretern. Die Kölnische Zeitung schrieb noch gestern: „Noch immer ist Kleinbürgerlichkeit, mitunter auch dynastischer Ehrgeiz, parteipolitische und bureaukratische Egotismus, soziale und funktionelle Engherzigkeit in den Ländern zu einem Hemmschuh vereinigt, der das Rad des Fortschritts aufhalten soll. Und man hört ja auch bereits Gerüchte, die die Absicht einer Sabotierung der Länderkonferenz durch einzelne Länder zu verzeichnen wissen. Wenn aber derartige Pläne auf die bayerische Regierung zurückgeführt werden, so steht das eine Unaufrichtigkeit voraus, die man dem Ministerpräsidenten Held nicht recht zutrauen kann.“ Wie man sieht, keine gerade brüderliche Vorbereitung der Berliner Konferenz.

Dieser separatistische Widerstand wird verjagt durch den heutigen Stand der Preußenfrage. Obgleich die Sozialdemokratie gerade in Preußen den Klassenverrat bis aufs äußerste getrieben hat, hindert doch diese preussische Koalition, die für den Bürgerkrieg, weil sie eine Koalition der Konfessionen an Kleinbürgerliche sozialdemokratische Elemente ist, ein Element der Unsicherheit enthält, die volle Ausnutzung der historischen Vormachtstellung Preußens im Reich für die Großbourgeoisie. Gegen das „rote Preußen“ stoßen die Länderföderalisten vor. Umgekehrt antwortet die Großbourgeoisie auf die Demagogie der Länderföderalisten mit dem Ruf: „Preußens nationaler Beruf ist, das Rückgrat des Reichs zu bleiben, bis es in der Aufrichtung des Einheitsstaates seine Aufgabe erfüllt hat.“ Eine Einigung wird erst möglich werden, wenn es der Großbourgeoisie gelingt, den Länderföderalisten das Preußenargument aus der Hand zu schlagen. So stellt auch die Kölnische Zeitung die Alternative: „Heute gilt, wie vor 60 Jahren, der Satz Miquels: Der preussische Staat kann nur durch den deutschen Einheitsstaat ersetzt werden.“

Es ist nicht zu erwarten, daß die Konferenz greifbare und sichtbare Fortschritte erreicht. Dagegen ist zu erwarten, daß auf der Konferenz volle Einmütigkeit über den ersten Schritt des kommenden „Einheitsstaates“ erzielt werden wird. Ueber den ersten und zugleich für die Arbeiterklasse auch gefährlichsten Schritt: auf der Konferenz wird Einmütigkeit über die Länderweise vorzubereitende und schon begonnene Rationalisierung herrschen. Zwei solche Rivalen wie Bayern und Sachsen haben bereits Entwürfe für die Rationalisierung ihrer Staatsapparate veröffentlicht, die in den entscheidenden Punkten völlig übereinstimmen. Ueber die sächsische Denkschrift mit ihrem Programm des Beamtenabbaus, des Abbaus der Sozialpolitik usw. haben wir ausführlich berichtet. Eben werden auch die Richtlinien der bayerischen „Staatsvereinfachung“ bekannt. Sie gleichen wie ein Ei dem anderen, dem sächsischen Projekt. Dem Gesetzentwurf, der dem bayerischen Landtag zugegangen ist, entnehmen wir nur, daß im ganzen innerhalb der nächsten fünf Jahre etwa 2500 bis 3000 Stellen abgebaut und eine Minderung der Personalansgaben um etwa 40 Millionen Reichsmark erreicht werden soll. Mit Nachdruck vorweist die rechtsradikale Presse auf diese „fortschrittliche“ Rolle Bayerns gegenüber Preußen, das noch nicht so zielklar seine Maßnahmen — wir unterstreichen nicht so offen und ignis — vorbereitet.

Und Preußen wird deshalb auf der Konferenz, obgleich es als Basis der Rationalisierung des Reiches angesehen ist, keinen

### Vorstoß der Hüttenarbeiter der GOS

Gestern berichteten wir schon, daß alle Anzeichen darauf hindeuten, daß es in der GOS-Hütte in Döhlen zum Konflikt kommt. Die Arbeiter in den sogenannten Hilfsbetrieben arbeiten bisher in zwei Schichten zu je 12 Stunden. Die 2 Stunden Pausen, die innerhalb der Arbeitszeit lagen, sind jedoch keine wirklichen Ruhepausen für die Arbeiterschaft. Sie können nur dann genommen werden, wenn es die Produktion erlaubt, so daß tatsächlich von einem 12stündigen Arbeitstag gesprochen werden muß.

Nach dem Vorschlag der Direktion sollte jetzt eine Verringerung der Arbeitszeit durch eine — „Verkürzung“ der Pausen — herbeigeführt werden. Die Arbeitszeit sollte eine Stunde früher als bisher beendigt werden und dafür statt 2 Stunden Pausen nur noch eine Stunde bestehen bleiben. Praktisch blieb also eine reine Arbeitszeit von 10 Stunden bestehen. Die große „Verkürzung“ bestand nur darin, daß die Arbeiter statt wie bisher 12 Stunden „nur“ noch 11 Stunden an den Betrieb geteilt waren.

Ein solches Annehmen mußte selbstverständlich bei der genannten Belegschaft härtesten Widerspruch hervorrufen. Wenn die Direktion bisher durch den Dispens, den sie sich bis zum 15. Januar erwirkt hatte, einer Entscheidung aus dem Wege gehen konnte, so war nunmehr die Erregung der Arbeiter nicht mehr zurückzuhalten. In den Belegschaftsversammlungen, die am Freitag mittag für die Tagsschicht und am Sonnabend früh für die Nachtschicht stattfanden, kam einstimmig der Wille zum Ausdruck, am Montag, dem 16. Januar, nach 9 Stunden (also um 16 Uhr) und die Nachtschicht um 3 Uhr, den Betrieb zu verlassen.

Die Direktion war sich anscheinend darüber klargeworden, daß die viel zu große Geduld der Arbeiter ein Ende hatte. Gestern früh hielt sie schon eine Sitzung mit dem Betriebsrat für angedacht. Rücksichtslos und brutal drohte der Vertreter der Direktion mit der Aussperrung, falls die Arbeiter am 16 Uhr den Betrieb verlassen würden. Nachdem die Direktion aber einsehen mußte, daß die Entschlossenheit der Arbeiter durch solche Drohungen nicht mehr erschüttert werden konnte, machte sie folgenden Vorschlag:

Tägliche Arbeitszeit: neuneneinhalb Stunden einschließlich Sonntags, so daß also wiederum 57 Stunden pro Woche zusammenkommen. Und zwar sollte gearbeitet werden von 6 bis 16 Uhr mit je einer Viertel Stunde Frühstück- und Mittagspause.

Der Betriebsrat berief sofort eine Versammlung der in den Hilfsbetrieben Beschäftigten ein. Diese fand um 8,45 Uhr im Betrieb statt. Trotzdem der Betriebsrat in dieser Versammlung die Drohung der Direktion bekannt gab, bestand die Arbeiterschaft auf ihrem gefassten Beschluß, um 16 Uhr den Betrieb zu verlassen.

Diese kampfbereite Haltung hat anscheinend den Mut der Direktion etwas gedämpft. Kurz vor Arbeitschluss ließ sie durch die Betriebsleiter bekannt machen, daß die Hilfsbetriebe um 16 Uhr Schluss machen könnten.

Nach 16 Uhr, als die Arbeiter schon den Betrieb verlassen, brachte sie schnell noch einen Antrag heraus, der den schon in der Betriebsratsitzung gemachten Vorschlag enthielt.

Dem Beschluß der Hüttenarbeiter schlossen sich sofort die im Betrieb beschäftigten Bauarbeiter der Firma Böhme und Weichelt an. Sie gingen aber noch einen Schritt weiter und verließen schon um 15 Uhr die Arbeit, arbeiteten also nur 8 Stunden.

Die übrigen Arbeiter müssen daselbe tun. Der Kampf muß geführt werden um den Achtstundentag. Das Zurückweichen der Direktion ist der beste Beweis, daß bei einmütiger, energischer Auftreten der gesamten Belegschaft der Erfolg nicht ausbleiben kann. Heute wird die Direktion bestimmt wieder versuchen, die Arbeiter durch Verhandlungen von ihrem Beschluß abzubringen. Ein Zurückweichen darf es aber nicht mehr geben.

Das Vorgehen der Arbeiter in den Hilfsabteilungen muß für die Arbeiter in den übrigen Abteilungen ein Beispiel sein. Für sie steht nur die Frage des geschlossenen Kampfes, keineswegs dürfen die Arbeiter des Stahlwerkes den Raub der Sonntagsruhe durch die im Schlichtungsspruch vorgesehene Sonntagschichten gelassen lassen. Verweigerung der Sonntagschicht in den Stahlwerken, das ist und muß jetzt die Parole sein.



# Der Streit um Geplers Nachfolger

Berlin, 17. Januar.

Die Entscheidung darüber, ob bei dem Rücktritt Geplers ein neuer Reichswehrminister bestimmt oder einer der Bürgerblattdirektoren mit der gleichzeitigen Ausübung der Befugnisse des Reichswehrministers beauftragt wird, ist bis Ende der Woche aufgeschoben worden.

Die Tägliche Rundschau schreibt:

„Es ist von uns bereits betont worden, daß bei einer Neubehaltung der Deutsche Volkspartei einen Anspruch auf das Reichswehrministerium besitzt. Dieser Anspruch wird auch nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß die Germania ihn ablehnt.“

Das Zentrumsblatt Germania schreibt:

„Nicht bestritten werden kann, daß die Frage der Leitung des Reichswehrministeriums im Falle eines Rücktrittes Geplers, der ja auch damals schon diskutiert wurde, bei der Regierungsbildung eine Rolle gespielt hat, als die Deutsche Volkspartei sich selbst für dieses Ressort empfahl. Es ist uns aber nicht bekannt, daß soweit wenigstens das Zentrum in Frage kommt, eine Abmahnung getrieben worden ist. Wir glauben vielmehr nicht zu irren, wenn wir der Meinung sind, damals ist der Deutschen Volkspartei gesagt worden, ein solches Verlangen könne nicht als berechtigt angesehen werden.“

Daraufhin droht wieder die Tägliche Rundschau während:

„Wenn das Zentrum jetzt so tut, als ob es von nichts weiß, so sind wohl tiefere Gründe vorhanden. Offenbar fürchtet das Zentrum eine Verschiebung des Stimmenverhältnisses.“

Niedner



Am 1. Februar tritt der Großinquisitor der Republik, der demokratische Senatspräsident Niedner, seinen Dienst. Niedner hat während seiner ganzen berichtigten Dienstzeit verstanden, sich vor der Kamera der Photographen zu drücken, wahrscheinlich aus einem begreiflichen bösen Gewissen...

Ruba durch das Platt-Amendement gebunden ist, solange Santo Domingo, Panama und die übrigen zentral-amerikanischen Staaten dem Anticommunisten unterworfen sind, solange die Vereinigten Staaten ihre Gewalt Herrschaft über die Mehrzahl unserer Länder, wie Venezuela, Kolumbien, Peru und Chile aufrecht erhalten versuchen um ganz Südamerika dem Imperialismus des Nordens zu unterwerfen. Die Konferenz von Havana ist nur eine Farce, die dazu bestimmt ist, die aggressive Politik der Vereinigten Staaten zu rechtfertigen und zu vertuschen.“

## Die sächsischen „Linken“ in der Bürgerblockfront

Landtagspräsident Schwarz mit SPD und Volkspartei

Das sächsische Geldrett der sozialdemokratischen Presse Sachsens gegen den Bürgerblock wird wieder einmal durch die praktische Politik der SPD Lügen gestraft. Am Sonntag, dem 22. Januar 1928, 11 Uhr, findet in Dresden eine öffentliche Protestkundgebung statt. Sie richtet sich gegen die Sonderbestimmungen des Bildungsausschusses im Reichstag, die bei der Beratung des Reichsschulgesetzentwurfes gegen Sachsen gestellt wurden und die den Bestand der sächsischen Volksschule und die sächsischen Schulgehalte auf das schwerste gefährden. Als Redner sind angeordnet: Volksparteibildungsminister Dr. Kaiser, Innenminister Dr. Aplet, Stadtrat Dr. Föhme, Hochschulprofessor Dr. Kroner, Dresden, Universitätsprofessor Dr. Goeh, Leipzig. Zur Vorbereitung der Kundgebung hat sich ein Ausschuss gebildet, dem Dr. Senjezt, Kreisshauptmann



An den Gräbern Karls und Kosas. Genosse Nied hält die Gedenkrede vor tausenden Delegierten der Berliner Betriebe und proletarischen Organisationen.

nissen im Kabinett, die ihm in einigen Fragen, wie die des Reichsschulgesetzes, für seine Pläne nicht passen. Offen spricht die Deutsche Zeitung: „Man muß beachten, daß Gepler zwar parteidemokratisch herantritt, in gewissen Gestaltungsfragen aber eher dem Zentrum nahesteht. Kurz gefaßt: Es handelt sich bei der Lösung der Reichswehrministerfrage gar nicht um die Reichswehr, sondern es handelt sich um das Schulgesetz.“

Damit erhält das Schulgesetz die Zustimmung der Deutschen Volkspartei bereits gefunden hat, eine härtere Beleuchtung. Der Schacher hinter den Kulissen geht weiter.

## Gepler schlägt Groener zum Nachfolger vor

Die Proleten sollen die Rhodus-Millionen bezahlen

Der Berichterstatter der Neuen Freien Presse Wien berichtet seinem Blatt von einem Interview mit dem Reichswehrminister Gepler, in dem er u. a. folgende Ausführungen über die Verengung der Rhodus-Rücktritt machte: Ein Hauptgrund war die Angelegenheit der Rhodusfluggesellschaft. Die Millionen, die die Kapitän Rohmann verbürgt hätte, seien erlogen, und das Reichswehrministerium würde genötigt sein, in einem Nachtrag des Reichstages die Beträge zu verlangen. Gepler glaubt, durch seinen Rücktritt eine parlamentarische Erledigung dieser fatalen Angelegenheit zu erreichen. Gepler sei der Meinung, daß sein Festen sofort wieder befristet werden müsse, er schlägt Groener vor, der sicher auch den Linken genehm sei.

## Wilhelm packt die Koffer

Rückkehr nach Schloß Homburg

Die rechtsstehenden Leipziger Nachrichten veröffentlichen eine aussergewöhnliche Meldung über Reisepläne des Kaisers in Dosen. Das Blatt läßt sich von seinem Londoner Korrespondenten melden, daß in der letzten Zeit einflußreiche Stellen, insbesondere auch in England, sich dafür eingesetzt hätten, daß Wilhelm seinen Wohnsitz verlege. Es wird auch von einer Umfrage in verschiedenen Kreisen in Deutschland und gesprochen, die nach dieser Richtung hin geführt worden sein soll. In der Meldung wird gesagt, dem früheren Kaiser solle erlaubt werden, gelegentlich andere europäische Länder zu besuchen und sich eventuell in einem anderen Lande niederzulassen.

In dem bekannten Abfindungsvertrag mit dem preussischen Staat hat sich Wilhelm ausdrücklich das Recht vorbehalten, im Schloß Homburg u. d. Höhe residieren zu können. Er tut dies offensichtlich in dem Glauben, daß die Zeit zur Rückkehr nicht mehr allzufern sei. Jetzt glaubt nun Wilhelm die Zeit für gekommen. Die Arbeiter müssen die Pläne der monarchistischen Reaktion beantworten mit schärfstem Kampf gegen die Regierung des Bürgerblocks.

Und, Oberstaatsrat Dr. Kraner, Dr. Külz und Landtagspräsident Schwarz angehören.

Der Landtagspräsident Schwarz kam in Arm mit den Bürgerblockführern! So heißt der „Kampf“ der „Linken“ gegen den Bürgerblock in Wirklichkeit aus. Ist das vielleicht schon ein Paradoxeerzieren für die künftige Koalition in Sachsen? Vor der Volkspartei über die SPD bis zur SPD?

## Höring redet

Das Reichsbanner — Die Schutzgarde der Hindenburgrepublik — Der Feind steht links

Auf einer Generalversammlung des Braunschweiger Reichsbannerpaares in Langelsheim hielt Höring wieder eine feine Rede. Er führte aus:

„Dank der Opferwilligkeit des Reichsbanners hat der Wahlkampf in Braunschweig zu einem schönen Siege gegen die Reaktion geführt. (Die Sozialdemokraten hatten bekanntlich „gegen die Reaktion“ die Wahlparole: „Schlagt die Kommunisten — der Feind steht links!“) Es müßte aber weiter gekämpft werden. In diesem Jahre geht es um das Schicksal des Reiches. Das politische Chaos unter der jetzigen Regierung ist so groß geworden, daß selbst Gepler unter den deutschnationalen Ministern nicht mehr mitmachen wollte. Für die kommenden Wahlen lautet die Parole des Reichsbanners: Die Republik den Republikanern! Den Monarchisten und Bolschewiken soll der Hut vergehen, mit der deutschen Republik zu haben.“

Höring fordert, daß die sozialdemokratischen Arbeiter im Reichsbanner den Kampf gegen ihre eigenen Interessen führen. Höring fordert die Verteidigung der großindustriellen Hindenburgrepublik. Die Industriellen marschieren zu Diktator und Faschismus. Höring proklamiert, daß das Reichsbanner unentwegt mitmarschieren. Wer sind denn die Republikaner, denen Höring die Republik geben will? Das sind die Großindustriellen Deutschlands und für diese mobilisiert Höring die Reichsbannerproleten.

## Die Schiebungen um den IGB-Sekretär

Berlin, 17. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Gepler vormittag trat im Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu seiner ersten Sitzung in Berlin zusammen. Anwesend waren Jönhaug von Frankreich, Merrens von Belgien, Madse von Dänemark, Tagere von der Tschechoslowakei, Leipart von Deutschland und als Sekretär des Amsterdamer Bureaus Sassenbach.

Der Vorwärts bemerkt dazu: „Die Verhandlungen sind natürlich nicht öffentlich und dürften hauptsächlich der Vorbereitung der morgen vormittag beginnenden Ausschusssitzung dienen, an der auch die internationalen Berufssekretäre teilnehmen werden.“ Nun beginnt also hinter den Kulissen die Schiebererei zur Bekämpfung des Internationalen Sekretär-Potens und zur Bekämpfung des neuen Sines des Sekretariats. Gleichzeitig werden in den vertraulichen Besprechungen jene Maßnahmen beraten, die auf Gewerkschafts-Organisationen und auf die rücksichtslose Bekämpfung legaler Verbindungen mit den Sowjet-Gewerkschaften hinzielen.

## Der Generalrat gegen Coof

Die deutsche Hugenberg-Agentur berichtet aus London: Die Bestrebungen auf Herstellung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern als Basis für eine großzügige Förderung der englischen Industrie finden auch in parlamentarischen Kreisen der Arbeiterpartei warme Unterstützung. Mac Donald und seine nähere Umgebung fördern diese Entwicklung, obwohl die parlamentarische Arbeiterpartei sich aus Zweckmäßigkeitsgründen bei den Verhandlungen zurückhält. Diese Einstellung wird in manchen Kreisen als Beängstigung angesehen. Sunday Times erklärt, daß die englische Arbeiterpartei noch einen weiten Weg zurückzulegen habe, bis sie zu der Forderung der amerikanischen Gewerkschaften bereits erreichten Standpunkt gelangt.

Wie der Vorwärts meldet, hat der Generalrat den Plan, sich auf einer der nächsten Sitzungen mit dem Verhalten Coofs zu Coof auf der sogenannten „Friedenskonferenz“ im Belkin befaßt. „den Generalrat und seine Politik heruntergerissen habe“

verantwortung haben, die von einzelnen Ländern wie Frankreich, Litte usw. unter sozialdemokratischem Einfluß offen geforderte Einpreihung wird auf große Widerstände stoßen. Das Jugendratsmitglied will sich der deutschnationalen Kräfte abkaufen lassen, durch einen allgemeinen Erfolg in der Richtung auf eine Veränderung der Reichsverfassung. Der Verfassungsjäger beispielsweise begrüßt die Konferenz mit dieser Forderung: „Das Programm der Konferenz“, schreibt er, „ist nach der mehrfach inoffiziell bekanntgegebenen Auffassung der Reichsregierung so gehalten, daß man rundweg vom Beginn einer Beratung über eine grundlegende Abänderung der Reichsverfassung sprechen und dieser Konferenz die gleiche Bedeutung geben kann, die die Beratungen des Verfassungsausschusses in Weimar hatten. Vollständig gesehen ist die Konferenz das Eingeständnis, daß die Weimarer Verfassung in dem entscheidenden Punkte, nämlich im Aufbau des Reiches und der Länder versagt hat.“ Und die Deutschnationalen beziehen gemeinsam mit den separatistischen Frontenden Stellung gegen das heutige Preußen: Die große und eigentlich entscheidende Frage der Neuordnung des Reiches liegt nicht so sehr als ein Problem zwischen Nord und Süd, als ein Problem zwischen Reich und Preußen an.“ (Verfassungsjäger.) Es bleibt abzuwarten, wie weit die Konferenz eine Klärung der Differenzen innerhalb der Fraktionen der Bourgeoisie herbeiführen wird. Sicher ist schon heute, daß ihre eigentliche Gefahr für die Arbeiterklasse darin besteht, daß sie, wie gesagt, den ersten Schritt der Rationalisierung des Reiches, als Vänderrationalisierung, d. h. als im Auftrag der Großbourgeoisie im Sinne ihres Sparprogramms begonnenen ländereigenen Vorstoß zum Beamtenabbau, zum Abbau der Sozialpolitik usw. fördern wird, und damit das großkapitalistische Endziel, die Reichsrationalisierung.

Es ist zu erwarten, daß die Sozialdemokratie, um ihre prinzipielle Scheinopposition zu retten, noch bedingungslos als bisher die bürgerlichen Verwaltungsreformen mitmachen wird. Doch die letzten Widerstände auch in Preußen auf den Druck dieser Ministerkonferenz hin aufgeben wird, die bisher schwächlich genug gegen Beamtenabbau, Abbau der Sozialpolitik usw. von ihr gemacht wurden. Seit dem dieser Parteitag führt sie eine immer breitere Kampagne für den „Einheitsstaat“. Wir wissen schließlich noch, daß in der letzten Zeit auch die sozialdemokratische Linke „eine gründliche Verwaltungsreform“ und die Rationalisierung des Staates als proletarische Vaterländische Pflicht betrachte.

Demgegenüber ist es unsere Aufgabe, der Arbeiterklasse die ungeheure Gefahr der „Staatsvereinfachung“ unter bürgerlicher Führung zu zeigen, und sie zum Kampf gegen diese neueste Etappe der Rationalisierung anzuführen. Hier wie überall zeigt sich, daß jeder technische und verwaltungsmäßige Fortschritt unter der Herrschaft der Bourgeoisie nur um den Preis gewaltiger Opfer der Arbeiterklasse erkauft wird. Es zeigt sich weiter, daß die Differenzen im bürgerlichen Lager nur darin bestehen, welche Fraktion der Bourgeoisie den größten Nutzen aus ihrer Klassenherrschaft ziehen soll. Die Rationalisierung des Staates muß für uns zu einem neuen Ausgangspunkt unserer Propaganda zum Sturz dieser Klassenherrschaft, zur Zerstörung des Ausbeuterstaates, zur Überwindung der mittelalterlichen Reste der Verwaltungsorganisation Deutschlands werden, aber diese Überwindung ist nur möglich durch die Errichtung des proletarischen Staates, der einheitlichen Sowjetrepublik aller deutschen Länder, gegen die Rationalisierung der Unterdrückungsmaschine — den Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung, das und nur das kann unsere Antwort sein.

## Die Länderkonferenz

Eine Brusthülle der Reaktion — Schaffung eines Oberhauses gelehrt

Auf dem ersten Tag der Länderkonferenz zeigt sich schon ganz deutlich, daß die einzelnen reaktionären Ländervertreter nicht eine wirkliche Vereinheitlichung des Reiches wollen. Dafür geht der Vorstoß in der Linie, die in der Proklamation des Luthers-Bureaus schon zum Ausdruck kam. Es wurden auf der Tagung vier Referate gehalten. Der Präsident des Hamburger Senats, Dr. Petersen, forderte Schaffung des Einheitsstaates, Aufbau einer unmittelbaren Reichsverwaltung, Gliederung des Reiches nach der Zusammengehörigkeit großer Wirtschaftsgebiete. Diese Ausführungen entsprechen den Bedürfnissen des Hamburger Stadtstaates. Der Kampf um die Gewinnung eines größeren Hafens, die Furcht vor dem Einkommensverlust der Arbeiter in Hamburg kommt in diesen Ausführungen deutlich zum Ausdruck.

Der württembergische Präsident Käßler fleuerte in einer anderen Linie. Er ist nicht so sehr für die Befestigung der Kleinstaaten, er will nur eine straffere Zusammenfassung; er erklärte, die Weimarsche Verfassung sei besser als die von Weimar. Der Reichrat müsse zum Oberhaus erhoben werden. Er müsse ein gesetzgebender Faktor sein. Diefelbe Forderung griff der bairische Präsident Heib auf. Er verteidigte die Notwendigkeit des bairischen Verwaltungsapparats. Dr. Braun, Sozialdemokrat, Ministerpräsident in Preußen, erklärte sich einverstanden mit den Forderungen der Großbourgeoisie. Preußen sei bereit, im Reich aufzugehen, jedoch müßten die anderen Staaten folgen.

Der erste Tag zeigt, daß die im Leitartikel geschilderten Verhältnisse tatsächlich vorhanden sind. Der Angriff geht gegen die arbeitenden Schichten.

## „Panamerika“

Die Konferenz der Petrolenbauer

Berlin. Heute tritt in Havanna der sogenannte „pan-amerikanische Kongress“ zusammen, der von den Vereinigten Staaten von Nordamerika vorbereitet wurde, um sämtliche mittel- und südamerikanischen Staaten möglichst vollkommen unter das Kommando des amerikanischen Imperialismus zu zwingen. Der Berichterstatter des Berliner Tageblattes drahtet folgende Einzelheiten:

„Die Aufmerksamkeit aller Teilnehmer konzentriert sich mehr und mehr auf die Frage, ob es der amerikanischen Delegation gelingen wird, durchzusetzen, daß alle Ausschüsse unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen. Es wird am Ende auf eine Kraft- und Preisprobe ankommen.“

In der Nicaragua-Frage wird die amerikanische Delegation den Standpunkt vertreten, daß die Vereinigten Staaten „auf Wunsch der dortigen Regierung und zum Schutze der Ausübung des freien Wahlrechts“ eingegriffen haben, und daß es eben darum nicht die Sache unbeteiligter Dritter sein könne, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Sollten andere Delegationen auf Erörterung dringen, so wird die amerikanische Delegation solchen Versuch strikt zurückweisen.“

Dann ruft der Berichterstatter des deutschen Vorkriegsblattes in folgender Weise schamlos auf dem Bauche vor dem brutalen amerikanischen Imperialismus:

„Es erweist sich schon aus den Gesprächen, die wir während der Nacht führen, daß die Vereinigten Staaten mit aufrichtigem Friedenswillen nach Havanna gehen. Soviel ist klar, daß die Vereinigten Staaten keinerlei Abhilfe gegen den lateinamerikanischen Delegationen ihren Willen aufzuzwingen. Ein jeder soll zu seinem Recht kommen. Amerika ist ausgesprochen friedlich und bereit, seine Karten offen aufzudecken.“

Die Verbände latein-amerikanischer Studenten in Berlin, München und Paris veröffentlichen eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Von amerikanischer Freundschaft könne nicht die Rede sein, solange die Philippinen, Portorico, Haiti und Nicaragua von den Truppen der Vereinigten Staaten besetzt sind, solange



# Der wahre Sinn des Reichsschulgesetzes

## Man läßt die Kage aus dem Gack

Von Edwin Hörnic, M. d. R.

Um dem arbeitenden Volke den wahren Sinn des schwarzen Reichsschulgesetzes zu verbergen, haben alle bürgerlichen Parteien, einschließlic der demokratischen Opposition monatelang die Komödie gespielt und so getan, als ob es sich einzig und allein um die „heiligsten Güter“ des Volkes, um Religion, Ethik, Kultur und weis noch was für „Deale“ handele.

Die SPD hat uns immer diese Komödie mitgemacht, indem auch sie von vornherein die Lösung herausgab: „Wir wollen keinen Kulturkampf“, und damit auf jeden prinzipiellen Kampf gegen die Veräußerung von Staat und Kirche, von Schule und Religion verzichtete. Die arbeitenden Massen sollten glauben, es handele sich nur um einige übertriebene Annahmen kirchlicher Würdenträger, vornab der katholischen Geistlichkeit, gegen die man zwar ankämpfen müsse, jedoch ausschließlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung, also der prinzipiellen Anerkennung des kirchlichen Einflusses in der großen Mehrheit aller Schulen und der Kirchen, überhaupt als privilegierter Institution im bürgerlichen Staat.

Dag eine solche Auffassung den Klassenkampf gegen die Schulverfassung Spitze und Stützpunkt nehmen mußte, weil sie ihren ökonomischen und machtpolitischen Hintergrund nicht aufdeckte, ist klar. Geht der Kampf nur gegen „Auswüchse“ und „Annahmungen“ in einem sonst anerkannten System, so wird man sich hüten, die wahren arbeitertfeindlichen Ursachen dieses Systems anzuprangern und begibt sich damit von vornherein der Möglichkeit, den Kampf selbst nur gegen die geplanten Verschlechterungen mit prinzipieller Härte zu führen. Dann genügt schließlich einige Praxiserfahrungen und der übliche parlamentarische Schacher. Man macht zwar Geschrei, kämpft jedoch mit Schwertern aus Kappe.

Wie immer waren es auch diesmal die Kommunisten, die sowohl in der proletarischen Deffenlichkeit als im Reichstag sofort den wahren Sinn der kulturpolitischen Reaktion aufdeckten als eines organischen Teils der gesamten kapitalistischen Offensiv gegen das Proletariat. Die deutsche Bourgeoisie fördert die Verkürzung der Volksschule, weil die Spaltung und Verarmung der Arbeitermassen eine wichtige Voraussetzung ist für die Durchführung der kapitalistischen Nationalisierung in der neuimperialistischen Gewaltpolitik. Keine verschärfte Ausbeutung in den Betrieben, keine Anwendung diktatorischer Herrschaftsmethoden in der inneren Politik, keine Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland, keine Ergatterung von Kolonialmandaten können der Bourgeoisie heute wirklich glücken, ohne daß gleichzeitig auch die Köpfe des Proletariats umzelnzt, eingeschläfert, mit religiösen Vorurteilen und pfäfflichem Gezänk vergiftet werden, seine Kampfkraft gelähmt wird. Je größer die inneren Widersprüche des Kapitalismus, je schärfer die Ausbeutung und infolgedessen je heftiger der Klassenkampf, desto größer das Interesse der Bourgeoisie an der Verkürzung des Proletariats auf das Jenkeits und seine Erziehung schon von Kindheit auf zu hindernd Gähigkeit, Unterwerfung, sogenanntem „Pflichtbewußtsein“ und zu dem, was die Unternehmer „Arbeitsfreudigkeit“ nennen. Um dieses Ziel zu verzeichnen der bürgerliche Staat sogar auf einen Teil seiner Schulhoheit und ist bereit, seinen Finanzetat zu belasten.

Dag die oben genannten Gründe die ausschlaggebenden sind für die Schaffung des schwarzen Schulgesetzes, wurde bisher von den bürgerlichen Parteien vorzüglich verschwiegen, ja frech geleugnet. Was hat Schule mit Lohnforderung, Wchstundentag, Arbeiterschutz, Erwerbslosenfürsorge, Wehrzeit, Kolonialmandaten zu tun? Schule ist doch eine Frage der Lebenserhaltung von „Kulturgut“. Und für den Fall, daß die Arbeiter doch infolge der kommunistischen „Verhöhnung“ gegen dieses „Kulturgut“ mißtrauisch sein sollten, ist ausdrücklich unter den „Zielen und Aufgaben“ der Volksschule die Erziehung zur „Volks- und Völkerverständnis“ mit aufgenommen worden.

Diese hundert schillernde Seitenblase ist jedoch jetzt geplatzt. Die deutsche Bourgeoisie fühlt sich so stark, daß sie selbst auf die übliche Heuchelei zu verzichten wagt und ganz zynisch auspricht, worauf es ihr ankommt und wozu die Religion in der Schule. Die Kirche über der Schule ihr gut ist. Am 11. Januar hat die Deutsche Tageszeitung die Kage aus dem Gack gefassen. Unter der Ueberschrift „Kultur und Wirtschaft, Deutsche Wirtschaftsführer zum Reichsschulgesetz“ veröffentlicht das großagrarischeschwerindustriele Organ eine Anzahl Aeußerungen führender Industrieller und Finanzmänner über den Wert der Schulverfassung für die „Wirtschaft“. Diese Großindustriellen, Großagrarien und Großhändler sind in ihren Aeußerungen weniger diplomatisch als die Herren Mumm, Henkel, Philipp, Rheinländer, Schreiber, Dehnke, Runkel und wie alle die Bürgerblutvertreter im „Bildungsausschuß“ des Reichstages heißen. Sie erklären plump und geradeheraus: Wir brauchen die konservative Kirchenlehre, um den „Arbeitswillen“ und die „Pflichttreue“ unserer Arbeiter zu stärken. So schreibt der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie und früherer Ruhrkampf-Internationalsänger Cuno:

„Ihre (der „deutschen Wirtschaft“, der Verfasser) Arbeit kann von Erfolg nur begleitet sein, wenn nicht nur in den leitenden, sondern in allen Schichten ihre Mitarbeiter von Charakterstärke, Pflichttreue, Arbeitswillen und Liebe zum Vaterland erfüllt sind.“

Deutschler kann man kaum noch werden. Da es sich beim Schulgesetz nur um die Volksschule handelt, so sind die „Mitarbeiter“ des Herrn Cuno natürlich nur die Arbeiter und unteren Angestellten, die diese Volksschule ja allein besuchen. Wie die „Charakterstärke“, „Pflichttreue“ und der „Arbeitswillen“ aussieht, die die Kirche einimpft, das zeigen uns die gelben und schwarzen Gewerkschaften, der Streikbrechergeld in den christlichen Arbeiter-, Gesellen- und Jungfrauenvereinen, das beweist die ganze feindselige Haltung der christlichen Priesterchaft zum Klassenkampf, zum Streikrecht, zum Sozialismus und zur Revolution. Die Diktandriele der deutschen Hühner und die Enzyklika (Ausschreiben) der römischen Curie haben oft genug die Todesurteile der christlichen Kirche zum Sozialismus, Revolution und Klassenkampf betont.

Ganz ähnlich wie Cuno äußert sich der stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Abgeordnete Frowein-Ebersfeld, Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Er hat zwar Angst wegen der „finanziellen Auswirkungen“ des Gesetzes — zwei Seelen, ach, in seiner Brust! — aber er begrüßt die Stärkung der „Pflichttreue“, die das Gesetz bringen werde:

Nicht nur die Nation als Kulturrörper, sondern auch die Wirtschaft als materielle Werte schaffender Produktionskörper des deutschen Volkes hat das denkbar größte Interesse an einer ungehörten Entfaltung der schöpferischen geistigen und materiellen Kräfte, und ist in außerordentlichem Umfang auf die Verantwortungsfreudigkeit ihrer Führer und auf die Pflichttreue und Zuverlässigkeit der mitarbeitenden Beamten, Angestellten und Arbeiter angewiesen. Für die Entwicklung dieser Eigenschaften ist eine geistige und sittliche Schulung von früherster Kindheit an notwendig.“

Ganz ähnlich äußerte sich der Direktor der Norddeutschen Bank, Max v. Schinckel, der Präsident der Landwirtschaftskammer Hannover, v. Rede n, der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Magdeburg, Geh. Kommerzienrat Dr. Juchaczewski — „Ungehörte Entfaltung der schöpferischen geistigen und materiellen Kräfte des deutschen Volkes“, — wachlich eine

# Reichsarbeitsminister für Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

F. St. Durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist eine fest umrissene Staffolung der Beiträge eingeführt worden. Nach den Bestimmungen des Paragra. 150 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und des Paragra. 150 der Arbeitslosenversicherungsverordnung wurden die Krankentafeln verpflichtet, ab 1. Oktober 1927 eine einheitliche Berechnungsmethode einzuführen, damit eine unterschiedliche Beitragsleistung innerhalb der einzelnen Gruppen nicht möglich sei. Die geltenden Bestimmungen sehen vor, daß die Beiträge nur in der Höhe von 70 Mark wöchentlich einzubehalten sind, und daß Verdienste über diesen Satz nicht angerechnet werden dürfen. Nach dieser Bestimmung müßte ein Arbeiter, der 70 Mark die Woche verdient, 1,05 Mark und kein Arbeitgeber ebenfalls 1,05 Mark an die Arbeitslosenversicherung abführen. Abzüge nach dem wirtlichen Verdienst über 70 Mark hinaus sind unzulässig, weil ja Beitragsleistung und Versicherungsleistung in unrichtigen Zusammenhang stehen.

Die neue Reichsanstalt verfährt natürlich, wenn irgendmöglich, sich Einnahmen zu verschaffen, die ihr geltend nicht zufließen. Die Krankentafeln, die die Beiträge einzahlen müssen, haben sich an den Reichsarbeitsminister gewandt, der am 20. Dezember 1927 an die Krankentafeln ein Schreiben gerichtet hat, aus dem hervorgeht, daß die Krankentafeln verpflichtet sind, die Beiträge vom wirtlichen Arbeitserwerb zu erheben, sofern die betreffende Kasse am 1. Juli 1927 einen höheren Grundlohn als 70 Mark pro Tag, also 70 Mark pro Woche, angewandt. Die Beibehaltung dieser Annahme ist aber nach dem Gesetz nur solchen Kassen möglich, in denen die Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Beiträge den Betrag fallen, daß diese Ausnahmeregelung beibehalten werden soll.

Wir haben vor allen Dingen in Berlin zu verzeichnen, daß den Arbeitern in völlig ungerechtfertigter Weise zu hohe Beiträge abgezogen worden sind. Die Höhe dieser Summe läßt sich nicht einmal annähernd bestimmen, sie ist aber eine Ein-

nahme, für die die Reichsanstalt keinerlei Auszahlungen zu leisten braucht.

Wir befinden uns in diesem Falle in Uebereinstimmung mit Franz Spille dt und Dr. Bruno F r o d e r, die in ihrem Kommentar zum Gesetz auf S. 106/107 ihres Buches ausdrücklich schreiben: „Da der Bombardement höchstens 3 vom Hundert betragen darf, (S. 103 Absatz 3) ist der höchste Beitragssatz für Versicherte, die auf Grund ihrer Krankenversicherungsbeiträge pflichtversichert sind, 3 vom Hundert von 70 Mark = 2,10 Mark. Diese Grenze gilt auch dann, wenn der Krankentafelbeitrag nach dem wirtlichen Arbeitserwerb berechnet wird.“

Durch das Schreiben des Reichsarbeitsministers wird die einheitliche Regelung durchbrochen. Der Reichsarbeitsminister tritt für eine geltend völlig unzulässige höhere Beitragserhebung ein. Die Krankentafeln ziehen ungerechtfertigterweise diese Summen ein, und die Reichsanstalt macht, jedenfalls um der notleidenden Industrie billige Kredite geben zu können, ein Entgelt. Wir verlangen, daß die zuständigen Instanzen der Reichsanstalt, vor allem aber die Arbeitgebervertreter in diesen Institutionen, sofort zu dieser Frage Stellung nehmen und dafür sorgen, daß den Arbeitern die zu Unrecht abgezogenen Beiträge juristisch zurückverlangt werden. Jeder Arbeiter kann das ziemlich leicht nachprüfen, denn alle Beiträge, die den Betrag von 1,05 Mark pro Woche übersteigen, sind zu Unrecht einbehalten worden. Es wird vor allen Dingen auch die Aufgabe der Betriebsräte sein, sofort bei den Unternehmern darauf zu drücken, daß schon von hier aus die ungesetliche Handhabung zu unterbrechen hat.

## Pflichtarbeit für alle Erwerbslosen wird eingeführt

Wir berichteten schon, daß man in Oppeln den allgemeinen Schulzwang für Erwerbslose eingeführt hat und daß Unterstützungsempfänger, die sich weigern, jeden Tag 5 Stunden die Schulbank zu drücken, keine Unterstützung erhalten. Nunmehr hat der Stadtrat von Küstrin beschlossen, daß alle Erwerbslosen der Pflichtarbeit unterliegen und zur Arbeitsleistung herangezogen werden. In der öffentlichen Erwerbslosenversammlung vom 5. Januar wurde dieser Beschluß des Stadtrates von dem sozialdemokratischen Stadtrat Pisch öffentlich bekannt gegeben.

Dieser Beschluß bedeutet einen Vorstoß gegen die Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Es ist nicht so, daß man einer solchen geschwindigen Handhabung keine Aufmerksamkeit schenken wird. Denn es häufen sich immer mehr die Fälle und es liegt Entem darin, daß die Arbeitsämter und Kommunen weit über den Rahmen des Gesetzes Verordnungen herausgeben, die den Boden vorbereiten sollen, um dann durch Gesetzesverfälschungen die Erwerbslosen weiter zu entrechten. Die Erwerbslosen dürfen daher auf keinen Fall solche Dinge stillschweigend hinnehmen, sondern müssen durch Kundgebungen, Demonstrationen, durch den Druck auf die Gewerkschaftsführer und die Arbeitervertreter in den Parlamenten die Zurücknahme solcher Verordnungen erzwingen und es durchsetzen, daß die Aareger und Befürworter solcher Vorstöße von ihren Ämtern entfernt werden.

## Hochofenexplosion in Bötlingen

Sieben Tote — zehn Verletzte

Seerbrücken, 16. Januar. Von der heute früh erfolgten Hochofenexplosion auf der Bötlinger Hütte sind insgesamt 17 Personen betroffen worden, von denen zwei auf der Stelle tot waren, während fünf weitere ihren Verletzungen erliegen sind. Die Ursache des Unglücks ist aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Kohlenstaubexplosion zurückzuführen.

Die Ausbesserung des Hochofens dürfte voraussichtlich bis Ende dieses Monats dauern. Durch die Explosion wurden verschiedene Rohrleitungen zerstört, wodurch die Hochofenanlage, das Stahlwerk und das Walzwerk zeitweilig völlig außer Betrieb gesetzt wurden. Doch werden Stahlwerk und Walzwerk von morgen früh an die Arbeit wieder aufnehmen.

## Ueberschwemmungskatastrophe in Brasilien

Eine ganze Stadt zerstört

Die Stadt Diamantina im Staate Minas Gerais ist durch eine Ueberschwemmung des Belmonte-Flusses zerstört worden. Durch das Hochwasser sollen über tausend Häuser zerstört worden sein. Die Zahl der dadurch obdachlos gewordenen Personen wird auf 5000 geschätzt.

### Besichtigung

Zwölfe einer Derwischstanz ist in unserer gestrigen Ausgabe die Vorbemerkung zu dem Artikel „Menschewitsche Geographie“ auf Seite 2, auf den Artikel „Sibirien“ auf Seite 2 gefolgt worden. Nicht der Artikel „Sibirien“, sondern der auf Seite 2 stehende Artikel „Menschewitsche Geographie“ war der roten Fahne einzuzeichnen.

## Einmal im Jahr 10 Pfennig für die Kinderbewegung!

Hast du schon die ICB-Matte „Immer bereit“ für 1927 gekauft? Sozt verlange sie von deinem Parteikassierer!



Deutschland: Der Pfaffe kontrolliert die Schule



Sowjetunion: Das Proletariat kontrolliert den Pfaffen



# Die Toten mahnen!

An allen Pflanzsäulen der Stadt sieht man das Symbol der Toten der Revolution. Am Postplatz drängen sich hastende Menschen an der Anschlagssäule vorbei und bleiben plötzlich stehen. Warum? Löst der Anblick dieses Arbeiters, der von irgendeinem Hüter der Ordnung diese Kopfmaße empfing, etwa Erinnerungen an Erlebtes bei ihnen aus? Es muß wohl so sein. Wenn man sich die Stehengebliebenen besieht, sind es meist Arbeiter, solche Leute, denen das Plakat in der Flut anderer Eindrücke der Straße und des Verkehrs ans Innere rührt. Der Arbeiter, der jetzt wie in den vergangenen 9 Jahren der „Republik“ den Arbeitsnachweis in kürzeren oder längeren Pausen besucht, der Straßenbahner, der Postbeamte, ungezählte Proleten, Frauen und Kinder, denen die tägliche Not und die Erzählungen ihrer Männer und Väter die Augen über den Sinn der heutigen Gesellschaftsordnung geöffnet haben, bleiben stehen und sehen — sehen sich immer wieder diesen verschlagenen Kopf eines Arbeiters an, der ihnen Mann, Vater oder Bruder sein könnte.

Noch vor wenigen Tagen prangte an denselben Anschlagssäulen Plakate, die mit monotoner Regelmäßigkeit auf die „Sache mit Schorrriegel“ hinwiesen. So aufgeregt und sensationslüstern die „Sache mit Schorrriegel“ auch auftrat — in der Erinnerung der klassenbewußten Arbeiter wird sie genau so als Gimpelsang dastehen, wie irgendeine andere Sache, ob sie „Schorriegel-Reflexe“, „Königin-Luisen-Film“ oder auch sozialdemokratischer Kostümscheriff in der „Schorriegel“-Angelegenheit sei. Man ist nur gespannt, ob und wie man in den Räumen der Dresdner Volkszeitung die „Sache der 15 000 erschlagenen Arbeiter“, die aufs Konto der Rostepartei zu setzen sind, das Plakat seinen mahnenden Kopf — mit seinen sozialdemokratischen Toten in Verbindung bringen wird. Welchen Grades der Heuchelei unsere linken sozialdemokratischen Führer fähig sind, beweisen sie durch eine Liebkecht-Luxemburg-Feier, die sie am Sonntag durch ihre Jugendorganisationen veranstalten ließen.

Die Toten mahnen — nicht zu vergessen der 15 000 erschlagenen Arbeiter, der Tausende revolutionärer Arbeiter, die in den Kerkern der deutschen Republik schmachten — sich über den Weg zum Sieg klar zu werden.

## Lenin — Liebkecht — Luxemburg

Sie wiesen den einzigen für das Proletariat gangbaren Weg — den Weg der proletarischen Revolution. Wer diesen Weg mitzugehen gewillt ist, ihn mit vorbereiten helfen will, muß am kommenden Sonntag die

## Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Rundgebung

der Kommunistischen Partei Deutschlands im Zirkus Sarajani 10 Uhr besuchen.

Die Toten mahnen! Zuverlässig kann die Kommunistische Partei den kommenden Kämpfen entgegensehen und mit Karl Liebkecht sagen:

„Ob sie uns auch zerbrechen —  
Sie beugen uns doch nicht —  
Und eh' der Tag vergangen,  
Stehn wir frisch aufgerichtet.“

Von tauend Niederlagen  
Erheben wir uns frei,  
In immer kühnerem Schlugen  
Ja immer lehr'rer Reiz.“

Es gibt auf Erden keinen  
Nichts, was uns zwingen kann,  
Kein Gift und keine Wunden,  
Kein Teufel und kein Bann.“

## Vortwärts!

Die Uebergabe der russischen Fahne am 13. Januar im Kristallpalast an die 2. Abteilung des RFB war eine gewaltige Kundgebung für die Sowjetunion und gegen die häßliche Stütze der kapitalistischen Republik, die sozialdemokratische Führerschaft. Schon die Demonstration vom Hauptbahnhof nach dem Kristallpalast wurde von der Arbeiterschaft stark begleitet und der große Saal war überfüllt noch bevor die Kundgebung eröffnet war. Das Programm hatte alle Besucher zufriedengestellt. Die Pirnauer Blaskapelle hatte sich zur Verfügung gestellt und verdient für das glänzende Spiel die größte Anerkennung. Die Arbeiterschaft sollte bei jedem Stück kühnen Applaus und räumte nicht eher den Saal bis die Kapelle abgetreten war. Als Genosse Strzelewicz die Bühne betrat, wurde der alte Kämpfer kühn begrüßt und die Regitation läßt nicht endenwollen den Beifall aus. Nach der Regitation „Lenin ist tot“ spielte die Kapelle den russischen Trauermarsch. Der Lichtbildvortrag „Lenins Leben und Wirken“ zeigte die revolutionäre Tätigkeit des größten Führers der proletarischen Revolution. Während der Pause stellte die 2. Abteilung auf der Straße und mit großer Spannung erfolgte der Einmarsch. Der Gauführer, Kamerad Schiefelbein, hielt eine jänbernde Ansprache und übergab der 2. Abteilung die von unseren russischen Brüdern gesandte Fahne mit dem Hinweis auf die Worte: „Das Banner muß stehen, wenn der Mann auch fällt!“

Der Brief des jetzt in Moskau weilenden Kameraden Sindermann wurde verlesen, worin er mit der 2. Abteilung den Schwur aus das rote Banner ablegt und die Kameraden auffordert, nicht nur ein Lippenbekenntnis abzulegen, sondern die Tat mit allen revolutionären Mitteln folgen zu lassen; mit allen Kräften die rote Front durch unermüdbare Werbearbeit zu härten und durch praktische Kleinarbeit in den Betrieben und Gewerkschaften den reformistischen Gewerkschaftsführern die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen. Kamerad Schiefelbein beleuchtete die politische Situation, ausgehend von dem 13. Januar 1920, dem blutigen Gedenktage vor dem Reichstag, welche Aufgaben die Arbeiterschaft im Jahre 1923 zu erfüllen hat. Der stürmische Beifall war gleichzeitig der Ausdruck, das nicht nur die 2. Abteilung neredigt wurde auf die proletarische Revolution und die Verteidigung der Sowjetunion, daß die Arbeiterschaft bereit ist unter der Führung der roten Front gegen die Feinde des Proletariats zu kämpfen, gegen Imperialismus und reformistischen Verrat unter der Losung: „Krieg dem imperialistischen Kriege!“

Die Tellerammlung zum Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr ergab die ansehnliche Summe von 77,30 Mark. Die in der Kundgebung Anwesenden werden hiermit aufgefordert am 22. Januar im Zirkus zur Kundgebung für die gemeinlichen Führer der proletarischen Revolution zu erscheinen.

## Schlechtgelüste Aufgabe

Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Sport- und Kulturvereine Dresden-Gild veranstaltete am Sonnabend, dem 14. Januar, einen Theaterabend im Königshof. Der Inhalt des Abends gibt dem klassenbewußten Arbeiter zu denken, trägt er doch einen durchaus bürgerlich-verschwommenen Charakter. Wenn schon proletarische Kulturpartells Theaterabende veran-

stalten, so sollten sie ihre Aufgabe darin sehen, proletarische Stücke zu bieten, die aufrüttelnd wirken. Dies war bei dem vieraktigen Drama Emil Rosenows „Die im Schatten leben“ nicht der Fall. Eine verlogene, unwarer wirkende Handlung — allerdings reich an sentimentalen Episoden — zeichnen dieses Drama, dessen innerer Gehalt so wacklig und altersschwach wie die dabei benutzten Kulissen ist, aus. Die Ausarbeitung des Dramas zeigt wieder einmal, daß die auch von proletarischen Wanderbühnen leider aufgeführten Werke bürgerlicher Schriftsteller an Seichtheit und Platttheit kaum zu übertreffen sind. Greifbare Fehler und Schwächen zeichnen die Handlung aus und lassen eine Aufführung durch proletarische Organisationen sehr unverständlich erscheinen. Außerdem sprachen die Spieler der Sächsischen Freien Wanderbühne ein Sprachgemisch von reinstem Sächsisch mit Berliner Betonung bis zum Hamburger Platt. Ausgezeichnet charakterisiert war der alte Schürmann, manche Darsteller hätte man am liebsten, um ihnen etwas mehr Zeitliche zu verleihen, einige Stunden auf eine Wädelleine zum Auswettern gehängt. Alles in allem: für eine Arbeitsgemeinschaft proletarischer Organisationen etwas merkwürdig, die ganze Angelegenheit erweckt tieferes Interesse nicht. Wilm.

## „Das Meer“

Der Buchdrucker-Gesangverein hatte schon vor 20 Jahren einmal die Sinfonie-Ode „Das Meer“ von Jean Louis Ricodé zur Aufführung gebracht. Am Sonntag, dem 13. Januar, hat dieses Oratorium durch denselben Chor unter Mitwirkung des Philharmonischen Orchesters und der Opernsängerin Fräulein Irma Weibel, unter der Leitung des Dirigenten, Herrn Th. Werner, eine Wiederholung der Aufführung erfahren.

Sinfonische Variationen, komponiert von A. Roermann, bilden die Einleitung. In wundervollen Reflexen, denen bringt das Orchester die ungeheure, unendliche Weite des Meeres gefühlsmäßig zum Ausdruck. Ebenso wird in derselben Stimmungsvollen Weise das Auf und Nieder der Wellen angedeutet. Schöne, springende Akkorde lassen das Gähnen und Schillern des Meeresleuchtens erkennen. Liebliche, in hohen Lagen leichtbewegte Rhythmen, durch die sich die Melodie einer Solostimme und einer Solovioline wie ein klingender Silberfaden zieht, vertonen eine „Aria Morgana“. Ebbe und Flut wird stylisiert durch leichtgestrichelte Akkorde des Hauptchors, auf den die gehaltenen Akkorde des Nebenchors aufgebaut sind. Festige Rhythmen der Streichinstrumente, unterstützt mit einherflügelnden Klängen der Blasinstrumente, erhöhte Bewegungsbeschleunigung des Dirigenten, zahl wechselnde Harmonien, die immer drängender aufeinanderzulaufen, um dann mit rasendem Einschlag plötzlich in gehaltene Ruhe übergehend, charakterisieren in einer gefühlvollen Art „Sturm und Stille“.

Mit nicht endenwollenem Applaus belohnte das zahlreich erschienene Publikum die Leistungen der Sänger. Der Opernsängerin, Fräulein Irma Weibel, kann man ein gutes Zeugnis ausstellen. Das Werk Ricodés ist vollendetes moderne Kunstmusik, und wenn es auch stellenweise aufwühlende Tendenzen in sich birgt, so kann es doch nicht in die Klasse revolutionärer Musik eingereiht werden. Klaus.

## „Die Angst vor der roten Schleife“

Ein Angestellter sendet uns folgendes Schreiben zu dem von uns veröffentlichten Artikel „Die Angst vor der roten Schleife“:

### Die Wahrheit der Angaben des Stadtrats Gruner

kann der Unterzeichnete nicht nur bekräftigen, sondern als miterlebter schildern. Ich war seinerzeit Angestelltenratsvorsitzender für das Fürsorgeamt und Versorgungsamt und erlebte das, was Herr Gruner wiedergibt, selbst mit. Nicht ein Atom dieser Ausführung könnte ich als ent- oder unterstellt bezeichnen, im Gegenteil, auch meine derzeitigen Kollegen, d. h. die, die gegen die Meinung unseres Angestelltenvertreters, Herrn Word, sich wandten — der selbstverständlich auch für die neutrale schwarze Schleife eintrat — war diese plötzliche Umstellung des Gesamtbetriebsrats

direkt zumider, und wenn in einer Betriebsverlammlung der Angestellten schon starke Mißfallensstimmungen verzeichnet werden konnten, so muß doch eine Gegenströmung vorhanden gewesen sein. Auch die rote Schleife blieb und hing im Zimmer des Gesamtbetriebsrates, wird auch noch heute dort hängen, oder hat man diese nunmehr verschwinden lassen, damit Herr Spottke nicht überführt werden kann?

Die Wahrheit kann auch von diesen Herren nicht veruscht werden, oder glauben diese mit Klemern Betrauten, die Wähler oder besser gesagt Klassenangehörigen lassen? Nein, Herr Spottke, der Wahrheit die Ehre, wenn sie etwas nicht genau beweisen können, sollten sie nicht erst versuchen, falsches anzutun.

Dies soll nur dem Kollegen Gruner als Zeuge seiner Wahrheit dienen, weitere Zeugen könnte ich noch erbringen, hoffentlich überzeugt sich auch Herr Spottke, was er mit falschen Angaben heraufbeschwört. — Noch eins: Bald sechs Jahre sind in dieser Angelegenheit verstrichen; nie während meiner Tätigkeit als Angestelltenrat brachte einer der Vertreter diese angebliche Unterlassungssünde des Kollegen Gruner zur Sprache — warum? weil sie sich selbst gesteinigt hätten, und heute muß ich ganz durch Zufall diese, latente, sich unwürdige Unterstellung des Herrn Spottke lesen. Man schämt sich, solchen „Vertretern“ Vertrauen entgegengebracht zu haben!

gez. A. Marchner.

Noch ein Zeugnis geällig, Kollege Spottke?!

## Einheitsfront Schwarz — Kaiser

Mit Kulturreaktionären „gegen“ Verfassung . . . .

Eine Kundgebung gegen die Sonderbeschlüsse des Reichstages, die die sächsische Volksschule betreffen, ist für kommenden Sonntag geplant. Bezeichnend ist, daß an der Spitze der Redner der völksparteiliche Kultusminister Dr. Kaiser steht, ein Funktionär der Partei, also, die entgegen ihren hochtrabenden Erklärungen im Interesse der Konjunktur des Bürgerblocks, die Volksschule den Passen ausliefern. Damit ist diese Kundgebung gekennzeichnet als ein Scheinmanöver der Volkspartei, um gerade in Sachen rebellierenden Anhänger aus Beamten- und Lehrertreuen wiederum vor den schwarz-weißen roten Karren der „republikanischen“ Volkspartei zu spannen. Daß ein paar „Demokraten“ mit dabei sind, ist weniger verwunderlich. Sind doch die sächsischen „Demokraten“ seit Jahren offene Schildknappen der Reaktion. Ganz besonders interessant ist jedoch, daß dem vorbereitenden Ausschuss auch der „links-sozialdemokratische“ Landtagspräsident Schwarz angehört, der durch dieses Volkspartei-Manöver ebenfalls unterhütet. Auch diese Tatsache ist ein kleines, aber charakteristisches Symptom für den Koalitionskurs der „linken“ Sozialdemokraten, die nicht etwa daran denken, in einer solchen Kundgebung vom Standpunkt des proletarischen Kulturkampfes aus die Probleme zu erörtern, sondern vorgehen, im Interesse der „Ausnutzung der realen Kräfte“ mit dem Kulturreaktionär Kaiser die Volksschule „gegen die Verfassung“ verteidigen zu wollen. Eine Kundgebung mit den Kommunisten würde Herr Schwarz natürlich konsequenterweise abgelehnt haben. Konsequenterweise . . . .

Ueberhöret. Auf unsere Notiz über die Besprechung des Dr. Sodann-Vortrages von P. Rothmann in der Dresdner Volkszeitung, in der er behauptete, Dr. Sodann sei Mitglied der Kommunistischen Partei (abwohl von verschiedenen Seiten auch in der Kundgebung selbst festgestellt worden war, daß Dr. Sodann keiner Partei angehört), teilt uns Herr Paul Rothmann mit, daß er seine Ankündigung gelesen und auch die Feststellung zu Beginn der Kundgebung nicht gehört habe.

## Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung

Das Deutsche Hygienemuseum eröffnete am Sonnabend dem 14. Januar eine Ausstellung „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“. In kurzen Ansprachen wurde den anwesenden Vertretern der Presse, der Behörden u. a. der Zweck und das Ziel der Ausstellung von Prof. Dr. Galemows und einem anderen Mitarbeiter erläutert. Dabei, wie auch bei den Erklärungen, die zu dem reichen Material an Bildern, Statistiken und naturgetreu in Wachs nachgemachten Präparaten gegeben wurden, kam wieder einmal treffend zum Ausdruck, wie schwieriges Problem die Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist und sein muß. Die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse, in denen wir heute leben sind es, die der wirksamen Arbeit der Wissenschaftler und Forscher und ihrem Kampf gegen diese Völkseuchen hindernd im Wege stehen. Trug der Verbesserung der Heilmethoden (bei der Bekämpfung der Syphilis ist es angeblich die Uebertragung der Malaria, die zur Heilung der Spätstadiums beitragen soll) ist eben zu verzweifeln, daß die unangenehmen Wohnungsverhältnisse, lange Arbeitszeit, Vergiftung der Jugend durch Religion, die einer wirksamen sexuellen Aufklärung der Jugend im besonderen so außerordentlich im Wege steht, ein Zeichen des Erfolges nicht in dem Maße vorhanden ist, wie es notwendig wäre.

Wie außerordentlich drähtlich wirkt z. B. ein Satz, den der Vortragende sprach, indem er bei den Syphilitikern stehen blieb, die Syphilis bei den Neugeborenen zeigend: „Man ist der Meinung, daß die Syphilis in wenigen Jahren fast eine unbekannte Krankheit sein wird, ähnlich wie die Pocken.“

Diese Frage nämlich: ob die Geschlechtskrankheiten in wenigen Jahren den Charakter einer unheilbaren Volksseuche, den sie jetzt tragen, verlieren, so beantwortet, so wie es der Vortragende tat, ist irrig. Dem steht ja auch der ganze innere Aufbau der Ausstellung entgegen. Die Neuerung dürfte wohl nur als Zeichen der freudigen Erregung über die (noch fragliche) Bewährung einer neuen Heilmethode zu werten sein. Das Bürgertum kann und wird nicht in der Lage sein, die Frage der Bekämpfung und Heilung der Geschlechtskrankheiten zu lösen, da es dazu die Ursachen und Quellen, die hauptsächlich im Besitz der kapitalistischen Produktionsweise zu suchen sind, beseitigen müßte. Durch welche kann man Kranke nicht gesund machen, ebenso wenig wie man es bürgerlichseits fertig gebracht hat.

## Arthur Holtzher

ist durch Unfall verhindert, morgen abend zu sprechen. Dafür spricht

ein Mitglied des Dramaturgischen Kollektivs der Piscatorbühne morgen 10,30 Uhr in der Weissen Schleiße, Windkammstraße, über:

Das politische Zeittheater.

Sozialist. Studentenbund.

dem Proletariat durch „Gefahr“ Zufriedenheit und Ausöhnung mit der bürgerlichen Klassenherrschaft einzulösen.

Zu empfehlen ist der Besuch der Ausstellung auf jeden Fall demjenigen, der die Auswirkungen dieser verheerenden Krankheiten auf die menschlichen Organe und auf die menschliche Gesellschaft überhaupt sehen will. Wenn das Material auch nur einen Bruchteil von dem ungeheuren Gebiete der mit den Geschlechtskrankheiten verbundenen Fragen ist, so bringt es immerhin wesentliche Klarheit über die Wichtigkeit und Notwendigkeit eines energischen Kampfes gegen diese Seuchen.

Der Proletariat wird aus dieser Ausstellung die innere Ueberzeugung mitnehmen, die in dem Gedanken gipfelt, daß es notwendig und wichtig ist, eine Gesellschaftsordnung zu errichten, deren Gebräuge einer wirksamen Lösung dieser für die Volksgesundheit so wichtigen Frage entgegensteht. Unter diesem Gesichtspunkt die Ausstellung zu besuchen und das Material zu b-sichtigen, müßte Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters sein.

Ein guter Erfolg. Die am vergangenen Freitag in den Blumenläden vom Verband für Friedensertum und Feuerbestattung, Gruppe Johannstadt, veranstaltete Jahreswendfeier kann in jeder Beziehung als gut gelungen bezeichnet werden. Trotz der vielen Veranstaltungen, die am gleichen Abend stattfanden, waren dem Reue der Freizeiter zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen gefolgt. Ein Zeichen der großen Sympathie, die sich der FFB in den breitesten Arbeitertreuen erobert. Die Darbietungen waren bis auf die etwas schwachen Regitationen gut, teilweise hervorragend. Zwanzig Kauaufnahmen, die an diesem Abend gemacht wurden, waren der stürmische Erfolg. Alles in allem eine gelungenere Veranstaltung.

„Die Schädigungen des normalen Schulbesuches“, betitelt sich der Vortrag, den der Volkspädagoge Dr. Hermann Stalbe im Rahmen der Freien Hochschule Dresden abhalten wird im großen Saal der Weissen Schleiße, Johann-Georgen-Allee 16, am Mittwoch, dem 18. Januar, 20 Uhr. Anstoßbeitrag 1 RM (Unbemittelte nach Können). Karten bei H. Ries, Seestraße 21 und an der Abendkasse.

Angefahren wurde ein Ehepaar, das einen Handwagen zog auf der Wiener Straße von einem Personentransportwagen. Beide Eheleute wurden schwer verletzt. Der Personentransportwagen fuhr dabei an einen Baum, wodurch der Kühler vollständig eingedrückt wurde. — Von der Straßenbahn umgerissen wurde ein älterer Arbeiter am Bischofsweg, Ecke Mauerstraße. Dabei zog sich der Arbeiter eine schwere Wunde am Hinterkopf zu.

Kindesleichenam aufgefunden. Am 14. Januar gegen 15 Uhr wurde am Rähniger Marktweg, in einem Strauche versteinert, die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden. Sie war in neues braunes Packpapier eingewickelt und mit Hanfblühsaden umschürt. Sie hat vermutlich schon einige Tage an d. Fundstelle gelegen.

Beitragsfähe in der Invalidenversicherung. Im Angelegenheit dieser Nummer veröffentlicht die Landesversicherungsanstalt Sachsen eine amtliche Bekanntmachung über die ab 2. Januar 1923 gültigen Beitragsfähe in der Invalidenversicherung. Die genaue Beachtung dieser Bekanntmachung liegt im Interesse aller Arbeitgeber und Versicherten.



# Veranstaltungskalender

**Kommunistische Partei**  
**Dienstag den 17. Januar:**  
 Sprechstunde für die VV-Feier um 19,30 Uhr im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße.  
**Mittwoch, den 18. Januar**  
**Bezirksagitprop mit den Agitpropleitern der Stadtteile** pünktlich 17,30 Uhr im Parteibüreau. Besprechung der letzten Maßnahmen zur VV-Rundgebung in Dresden.

**Freiberg:** Alle Kommunisten, die Mitglieder der Roten Hilfe sind, treffen sich 20 Uhr in der Lokomotive zur Fraktionsbildung.  
**Donnerstag den 19. Januar:**  
**Stadteil 2, Strahenzelle D.** Mitgliederversammlung im Rest. Schwere's Geschäft, 19,30 Uhr. Ref. über: Politische Lage. Erscheinen ist Pflicht.  
**Fraktion im NAB, Wölfa, 3. Striehn.** 18,30 Uhr in der Erdvogel Fraktionsabteilung. Als Ausweis gilt NAB- und Parteimitgliedsbuch.  
**Cosmia.** Kurios-Vorträge im Dresdner Hof, 16,30 Uhr.  
**Hofstadl-Börschen.** Mitgliederversammlung in Brauns Gasthof, 19,30 Uhr. Referat über Lenin, Liebknecht und Luxemburg.

**Kommunistischer Jugendverband**  
**Dienstag den 17. Januar:**  
 Sprechstunde für die VV-Feier um 19,30 Uhr im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße.  
**Mittwoch, den 18. Januar**  
**Groß-Dresden.** Alle Holzarbeiter treffen sich zwecks einer Besprechung im Bureau. Erscheinen ist Pflicht.  
**Groß-Dresden.** Jeden Donnerstag Sprechstunde des Literaturabmannes von 19,30 Uhr bis 20,30 Uhr. Genossen, rechnet die Stunden vom alten Jahre ab. Die Sprechstunde bleibt bis auf Widerruf bestehen.  
**Johannstadt.** Gruppenabend bei Frommhold's, Gerokstraße 7, 19,30 Uhr. Gäste willkommen.  
**Striehn.** Alle Genossinnen und Genossen gehen in den Gruppenabend im Deutschen Lied. Thema: Die Bedeutung des VV. Beginn 19,30 Uhr. Gäste willkommen!  
**Neustadt-Ost.** Gruppenabend im Kamerad, Oppellstraße, 20 Uhr. Thema: VV-Feier. Erscheinen ist Pflicht.

**Donnerstag den 19. Januar:**  
**Altenhain.** Gruppenabend im Rest. Lehmann, Simonstraße, Punkt 19,30 Uhr. Thema: Das Rädel in der kommunistischen Bewegung. Ref.: Hanne. Gäste und Jungfronkameraden sind willkommen.  
**Cosmianndorf.** Gruppenabend bei Gen. Sch. Kolonit. Thema: Politische Lage.

**Jung-Spartakus-Bund**  
**Mittwoch den 18. Januar:**  
 Neustadt-Ost. 17,30 Uhr Gesamtsammeltank im Altagarten, Mannstr. 51. Kein Pionier, keine Pionierin darf fehlen!  
**Roter Frontkämpferbund**  
**Dienstag, den 17. Januar**  
**Achtung!** Abteilungsleiter und Spielleiter der Kapellen u. des Tambourzuges, 19,30 Uhr unbedingt erscheinen zu einer wichtigen Sitzung im Gaudubureau.  
**Mittwoch den 18. Januar:**  
**Abteilung 2, Zug 4.** 19,30 Uhr öffentlicher Jugendabend bei Dsch. Uebahn, Ecke Frankfurterstraße. Restloses Erscheinen aller Kameraden sowie Jungfron ist Pflicht. Gäste willkommen!  
**Abteilung 5.** 19,30 Uhr Erscheinen aller Kameraden bei Wapfe, Helmer Saal. Dort Bericht von Rufstenddelegation.  
**Lesungsgruppe Altenhain.** 19,30 Uhr im Stammtisch Unterhaltungsabend des NAB und N. Gäste willkommen.

**Rote Jungfron**  
**Groß-Dresden.** Abteilungs-Vorbereitung am Mittwoch fällt aus und findet am Freitag abend 19,30 Uhr im Gaudubureau statt.  
**Mittwoch den 18. Januar:**  
**2. Abteilung, 2. Zug.** 19,30 Uhr Jugendabend im Fleminghof. Mitgliedsbücher mitbringen.  
**3. Abteilung.** 20 Uhr Versammlung im Tafelhof. Es sprechen die Kameraden Hedden und Schubert über „Ruffische Wirtschaft und gegen Trozismus“.  
**Abt. 4.** Gemeinliche VV-Feier mit NAB im Kamerad, Oppellstraße, 20 Uhr.

**Roter Frauen- und Mädchenbund**  
**Dienstag den 17. Januar:**  
 Sprechstunde für die VV-Feier um 19,30 Uhr im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße.  
**Abt. 2.** Die Abteilungsabteilung fällt heute aus.  
**Mittwoch den 18. Januar:**  
**Abt. 6 (Südwest).** 20 Uhr findet im Vereinszimmer (Bürgergarten) unsere Vollmitgliederversammlung statt. 1. Vorbereitung zur Internat. Frauenwoche, 2. Org. 3. Kasse. Ein reißloses und pünktliches Erscheinen aller Kameradinnen muß Pflicht einer jeden einzelnen sein.  
 Die Einberuferin: Haberland.

**Rote Hilfe**  
**Mittwoch, den 18. Januar**  
**Ottendorf-Ostritz.** 19,30 Uhr im kleinen Saal des Schwarzen Kolles Monatsversammlung mit Lichtbildvortrag. Referent Genosse Koch. Thema: „Das Leben in den Kinderheimen der Roten Hilfe.“ Gäste willkommen.  
**Internationale Arbeiterhilfe**  
**Mittwoch, den 18. Januar**  
**Neustadt.** 19,30 Uhr im Bergers Restaurant, Fritsch-Reiter, Ecke Helgoländerstraße. Versammlung. Genosse Schumann spricht über russische Reiseerlebnisse. Alle Zeitungslieferer und Freunde der IAH sind herzlich eingeladen.

**Rundfunk**  
**Mittwoch, den 18. Januar**  
 16,30-17,55 Uhr: Aus dem Schachklub für die Jugend.  
 18-18,55 Uhr (deutsche Welle, Berlin).  
 18-18,30 Uhr: Maschinenbauoberlehrer Behr: Technischer Lehrgang für Kocharbeiter und Werkzeugschneid u. Grundlagen der Arbeitsvorbereitung.  
 18,30-18,55 Uhr: Lektor Claude Grandet und G. van Esferen: Französisch für Anfänger.  
 19-19,30 Uhr: Ministerialrat Dr. Menke-Glückert: Zum 18. Januar.  
 19,30-20 Uhr: Vortragsreihe: Moderne Volkshilfsbildungsbewegungen. 2. Vortrag. Regierungsrat Dr. Fritz Kapfahn vom sächsischen Ministerium für Volksbildung: Die Volkshilfsbildung.  
 20 Uhr: Wettervorhersage, Sacherberichte, Zeitangabe und Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.  
 20,15 Uhr: Abschied von Wien.  
 22 Uhr: Freizeitsport und Sportfunk.  
 22,15-24 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

**Achtung! Inserenten!**  
 Zu der am 22. Januar 1928 im Zirkus Sarrasani stattfindenden L.L.L.-Feier erscheint die Arbeiterstimme in bedeutend verstärkter Auflage. Inserate erbitten wir rechtzeitig aufzugeben, damit die Wünsche für günstige Placierung und guten Satz berücksichtigt werden können.

# Arbeiter Sport

**Fußballsport**  
**Vorträge der Kreismeisterchaft**  
 Schon der erste Gang in der Kreismeisterchaft hat außerordentliche Ueberraschungen gebracht und bewiesen, daß sich die in den früheren Jahren oft geringere Spielstärke der kleineren Bezirke gewaltig gehoben hat. Dieser Feststellung geschieht auch durch die Behauptung kein Abbruch, daß die Großstadtblitzbeirte nachgelassen haben.  
 Am kommenden Sonntag findet nun der 2. Gang statt. Ausgeschieden sind bis jetzt:  
 Fritsch auf, Burgstädt (10. Bezirk)  
 Falkenstein (8. Bezirk)  
 Simson, Oberlungwitz (3. Bezirk)  
 WPK Löbau (4. Bezirk).  
 Die Paarungen zum zweiten Gang sind:  
 in Döbeln: Kafenisport Döbeln—Leipzig-West 03.  
 in Riesa: Räderau—Dresden-Löbau  
 in Schwarzenberg: Fritsch Schwarzenberg—Wader Crimmitschau.

Diese drei Treffen erbringen die drei Beirte, die dann in einer Runde (nach Punktwertung) um den Kreismeistertitel kämpfen werden. Wer die Glücklichen, — so möchte man nach dem Verlauf der ersten Spiele fast sagen — sein werden, ist völlig offen. Dem Bezirksmeister West 03 Leipzig wird der Sieg in Döbeln genau so schwer fallen wie gegen Fritsch auf Burgstädt, wo er seinen Widersacher nur durch einen Elfmeter erledigen konnte. — Noch unbestimmter ist der Ausgang des Spieles in Schwarzenberg, bei dem der Besieger des Ehrennitzer Meistertitels beteiligt ist. — Auch über das Spiel in Riesa, dessen einer Gegner infolge Ausfall des Döbtauer Spieles erst am Sonntag in Dresden ermittelt wurde, läßt sich keine Voraussage machen, obwohl der Riesaer Bezirk allgemein als der gegenwärtig spielfähigste angesehen wird. Er hat bei diesem Spiel Gelegenheit, diese Ansicht zu widerlegen.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“, Bez.-Gruppe Neustadt.**  
 Der am 11. Januar wegen Kurzschluß angefallene Lichtbildvortrag findet am 18. Januar nicht statt, weil das Vereinslokal besetzt ist, und muß auf März verschoben werden.  
**Touristenverein Die Naturfreunde, Ortsgruppe Pirna.** Freitag den 20. Januar frei. — Sonnabend den 21. Januar Filmvortrag: Nordlandfahrer. Ref.: Kapitän R. Finke, 20 Uhr Volkshaus.

**Freier Turn- und Sportverein Fritsch-Poltschappel.** Dienstag den 17. Januar 20 Uhr Hauptvorstandssitzung. — Freitag den 20. 1., 20 Uhr, Generalversammlung des gesamten Vereins. Beide Veranstaltungen im Silberquell. Anträge sind bis 17. Januar an Wita Jmer, Fritsch 1, Sieberstraße, einzureichen.  
**Alle Vereinsvorsitze des Sächsischen Grundes und Umz.** die bei Festlichkeiten den Kraft-Sport-Verein Simson in Ansprache nehmen wollen, haben sich an den Bezirks-Präsidenten Peter Henry Ottendorf, Tharandt, Wilsdruffer Straße 28, zu wenden.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Ortsgruppe Heidenau.** Freitag den 20. Januar, 20 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Deutschen Haus. Pünktliches Erscheinen ist sehr notwendig. — Sonnabend den 21. Januar im Deutschen Haus großes Bühnenkonzert. Es treten Kesselfahrer aus Chemnitz, Dresden, Pirna und Heidenau. Ein farbenreiches und Radballspiele werden das Programm verschönern helfen. Einlaß 18 Uhr, Anfang 19 Uhr. Vor und nach dem Programm Tanz.

**Arbeiter-Radio-Bund.** Wir laden unsere Mitglieder zu unserer am Mittwoch den 25. Januar 20 Uhr im Volkshaus, Riesenbergstraße, stattfindenden Jahreshauptversammlung ein. Tagesordnung: 1. Berichte; 2. Neuwahlen; 3. Bundesangelegenheiten. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwar tet der Vorstand, daß alle Funktionäre ihr Interesse an der Organisation durch reißloses Erscheinen bekunden. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

**Zucker**  
 bei 1 Pfd. 0,33, bei 10 Pfd. 0,30, im 2-Zentner-Sack 0,29  
 Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik Richard Selbmann, Grenadierstraße, Ecke Dammweg

**Bäckerei Badelt**  
 Schanbauer Str. 79 / empfiehlt  
 frische Backwaren  
 Kaffee

**Billig!** Arbeitshose u. samt 7,50 Weste, insges. nur 11,- bekommen Sie nur bei **Neuten, Annenstraße 16**

**Wenn's niemand macht! Oswald Machts!**  
 Hauptlager:  
**Kaulbachstraße 31, I. Etg.**  
 Ecke Dillnitzer Straße

**Möbel aller Art**  
 Große Auswahl! Billige Preise! Günstige Zahlungsbedingungen!

**Gesistätte**  
**Schweizerhaus**  
 Meißen  
 empfiehlt sich durch musikal. Unterhaltung d. Vorspielung d. 3 selbstspiel. Hupfeldgeigen mit Klavierbegleitung  
 Einz. durchgehend in Meissen

**IMPERIALTHEATER**  
 reitell. am Rathaus  
 Ab Dienstag, 17. bis mit 22. Januar  
**Das Rätsel der Fledermaus**  
 im Problem der gewaltigen Detektive  
**in Freilicht-Erstaufführung**  
 Außerdem: Wie Chaplin zum Film kam und: Ganz ohne Hone geht die Chose nicht  
 Täglich 7,15 Uhr, 9,15 Uhr, 11,15 Uhr, 13,15 Uhr, 15,15 Uhr, 17,15 Uhr

**Dein Spargroschen**



gehört in die **SparKasse** des Konsumvereins!

**Dort arbeitet er in deinem Interesse!**  
 Die Spareinlagen werden verzinst  
 & kurzfrist. Kündigung mit + 0,6 monat. Kündigung mit + auf 3 Jahre un kündbar mit

5%      6%      7%

Einzahlung in allen Verfeisungstermen

**Konsumverein Vorwärts**

Neu- und gebrauchte Möbel  
 Polsterwaren aller Art  
 Kleidungsstücke und Schuwaren  
 auch auf Teilzahlung, billigst bei  
**Frieda Wenzel / Bautzen**  
 Töpferstraße 11

**Marinearbeitskleidung!**  
 Schiesser, Maschinisten usw. schützt Euch vor der Gefahr in die Maschine gerissen zu werden. Die Marinearbeitskleidung schützt Euch vor derselben!  
**Anzüge in Drill, Mohskin und blauem Pilot usw., Tuchhosen, Blusen, Jacken, Sweater und amerik. Sporthemden**  
 Preiswert! Unverwüstlich!  
**Alfred Jonas, Zittau i. Sa.**  
 Sachsenstraße 14  
 Versand noch außerhalb per Nachnahme

Ich erwarte Sie!  
 Das Geld ist knapp, Die Zeit ist da, Wo jeder neue Kleidung braucht.  
 Kommen Sie zu  
**Carl Horn Nachf.**  
**Zittau**  
 Innere Oybiner Straße 5, I. Etg.  
 Das älteste und führende Kreditgeschäft  
 ● Sie finden alles was Sie brauchen an ●  
**Waren Möbeln Konfektion**  
 in guten Qualitäten u. sehr preiswert. Die An- und Abzahlungen sind sehr gering!  
 Kunden, die ihr Konto beglichen haben, brauchen keine Anzahlung  
**Ausweis mitbringen!**







# Die Erwerbslosenunterstützung wird abgeschafft

Die Geheimverfügung Nr. 304. — In den meisten Fällen nur Zahlung der Krüsenfürsorge. — Eine prinzipielle Entscheidung des Spruchauschusses.

E. St. Das Landesarbeitsamt Berlin hat einen neuen Vorstoß gegen die Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unternommen, der, wenn er Schule macht, zur fast völligen Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung führt.

In § 95 des ALVG ist festgelegt, daß zur Erreichung der Erwerbslosenunterstützung eine zehnwöchige Anwartschaft notwendig ist. Wie aus dem Paragraphen hervorgeht, und zwar aus dem zweiten Absatz, Punkt 1 bis 7 und Absatz 3, ist es nicht notwendig, daß zur Erreichung der Anwartschaft eine zehnwöchige Beschäftigungsdauer vorgelegen ist, die keine Unterbrechung erleidet. Im Gegenteil. Die 26 Wochen müssen in einem Jahre bzw. brauchen auch erst in 3 Jahren erreicht werden, wenn die in Punkt 1 bis 7 vorgezeichneten Fälle eintreten.

Durch die Einführung der Krüsenfürsorge ist es nun möglich geworden, daß Erwerbslose, die zwar 13, aber keine 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen können, eine Krüsenunterstützung erhalten, die in der Höhe der Unterstützung und auch durch die Bedürftigkeitsprüfung sowie durch die Anrechnung der Verdienste von Angehörigen, die im gleichen Haushalt leben, erheblich herabgesetzt ist. (Siehe Broschüre von E. Steffen „Das Arbeitslosenversicherungsgesetz“, ein Nachschlagewerk für Arbeitslose, 3. Auflage, oder Nachtrag zur ersten und zweiten Auflage).

Es ist selbstverständlich, daß Erwerbslose, die vorübergehend diese Unterstützung erhalten, dann aber wieder Arbeit finden und so innerhalb der vorgeschriebenen Frist dann die 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen können, bei erneuter Erwerbslosigkeit dann die im § 107 vorgezeichnete Unterstützung zu erhalten haben.

Das Landesarbeitsamt Berlin, das unter Leitung des Sozialdemokraten Stadtrat Prühl steht, hat nun in der Rundverfügung vom 19. November 1927 eine Anweisung herausgegeben, die in offenem Widerspruch zu den Gesetzesbestimmungen steht.

In der Verfügung heißt es sinngemäß, daß Krüsenfürsorgeempfänger, die wieder in Arbeit kommen, durch vorübergehende Beschäftigung die Anwartschaft erfüllen, im Falle erneuter Erwerbslosigkeit dann wiederum nur Krüsenfürsorge erhalten. Nur für den Fall, daß sie volle 26 Wochen hintereinander arbeiten, wird ihnen Erwerbslosenunterstützung gewährt. Wenn s. B. jemand nach zehnwöchiger Beschäftigung erwerbslos wird und Krüsenunterstützung bekommt, nach 8 Tagen oder einigen Wochen wiederum in Arbeit kommt, dann 8 Wochen oder sogar bis 26 Wochen Arbeit bekommt und erneut erwerbslos wird, so wird seine frühere Anwartschaft, obgleich sie innerhalb des Jahres liegt, nicht angerechnet, sondern er erhält seine alte Krüsenunterstützung weiter.

Nur für den Fall, wenn ein Erwerbsloser auf die Krüsenunterstützung verzichtet, in der Hoffnung, nach einer bestimmten Periode von Erwerbslosigkeit wieder in Arbeit zu kommen und die noch fehlenden Wochen zu erringen, nur dann wird die frühere Beschäftigungsdauer angerechnet.

Die Verfügung geht noch weiter und besagt, trotzdem in der Verordnung über die Krüsenfürsorge die Beschäftigungsdauer bis drei Jahre zurückliegen kann, daß die versicherungspflichtige Beschäftigung, die mehr als 12 Monate zurückliegt, nicht als Anwartschaft gilt.

Diese Verfügung bedeutet, daß nur die Arbeiter in den Genuss der Erwerbslosenunterstützung kommen, die in einem Jahr volle 26 Wochen hintereinander Beschäftigung hatten oder, wie die Anweisung sagt, in der Zwischenzeit auf Unterstützung verzichten.

Keiner der Erwerbslosen kann auch nur auf 8 oder 14 Tage die Hungerkammer entbehren, um so mehr, da er gar nicht weiß, ob er überhaupt die Möglichkeit hat, in absehbarer Zeit in einem Betrieb unterzukommen. Er muß, ob er will oder nicht, die Unterstützung haben.

Nur ein ganz geringer Teil von Arbeitern hat die Möglichkeit, in einem Jahr hintereinander 26 Wochen Beschäftigung zu haben. Die Arbeitsmarktsituation weist nach, daß die kurzfristigen Arbeitsstellen in der Mehrzahl sind. Dadurch wird praktisch der Zustand geschaffen, daß die Krüsenfürsorge zur grundsätzlichen

Unterstützung wird und die Erwerbslosenunterstützung in den Ausnahmefällen zutrifft, d. h. daß auf Umwegen die alte Erwerbslosenunterstützung mit noch weiteren Verschlechterungen wieder eingeführt wurde. Wie bekannt, ist die Krüsenunterstützung für die Gruppen 7 bis 11 bedeutend niedriger. Die Bedürftigkeitsprüfung ist vorgelesen und außerdem werden die Verdienste der Angehörigen angerechnet. Ungehobene Summen der Versicherungsbeiträge gelangen nicht zur Auszahlung.

Die ganze Angelegenheit ist dadurch bekannt geworden, weil ein Krüsenfürsorgeempfänger die Erwerbslosenunterstützung forderte. In langen Verhandlungen vor dem Spruchauschuss mußte dann dieser Ausschuss in seiner Entscheidung und in der Urteilsbegründung anerkennen, daß die Verfügung nicht mit dem Gesetz übereinstimmt. In der Verhandlung wurde selbst zugegeben, daß dadurch die meisten Erwerbslosen überhaupt nur Krüsenfürsorge erhalten, und dem Erwerbslosen wurde seine volle Unterstützung zugesprochen.

Wir sind überzeugt, daß in unzähligen Fällen durch diese Verordnung bereits die Rechte der Erwerbslosen gekürzt wurden. Wir fordern, daß dieselbe sofort aufzuheben ist. Außerdem muß Schluß gemacht werden mit den sogenannten Anweisungen und Erläuterungen, die in der Dunkelkammer des Landesarbeitsamtes ausgebreitet werden und die man deswegen nicht öffentlich bekannt gibt, weil sie das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben.

Im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes sitzen die Vertreter der freien Gewerkschaften. Der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes ist ein Sozialdemokrat. Wir sind überzeugt, daß unter dem Druck der Arbeiter diese gezwungen werden können, für die Aufhebung dieser Verordnung Sorge zu tragen.

Die Arbeiter und die Erwerbslosen haben aber alle Ursache, sehr sorgfältig und aufmerksam sich über das Geheiß zu informieren und jede Handhabung, die eine Verhinderung der Arbeiter darstellt, sofort in die Öffentlichkeit zu bringen, um so den erfolgreichen Kampf gegen das Geheiß weiter führen zu können.

## Die Gewerkschaften gratulieren

dem Reichsarbeitsminister Brauns zu seinem 60. Geburtstag und in der Gewerkschaftszeitung vom 7. Januar 1928 gedenkt man mit Begeisterung der siebenzehnjährigen Tätigkeit des Herrn Brauns.

Seine Sozialpolitik ist dem Anterchwertum trotz seiner Einschränkungen so verhaftet, daß sie ihn lieber heute als morgen kürzen würden und schon wiederholt auf einen Abzug des Reichsarbeitsministeriums hingewirkt haben. Angesichts dieser Anfeindungen muß Brauns als starke politische Stütze anerkannt werden.

So urteilt die Gewerkschaftszeitung über einen Minister, der vom Zentrum gestellt und der sich in voller Hebererinnung mit der Bürgerblockregierung verbindet. Die Gewerkschaftszeitung zeichnet ihn als sozialpolitisches Volkswort. Die Arbeiter urteilen anders darüber. Die Arbeitslosen aber vor allen Dingen haben unter Ausnahmebestimmungen besonders zu leiden und betrachten ihn mit Recht als einen ihrer härtesten Feinde. Der Lobgesang der SPD und Gewerkschaftsführer über die Tätigkeit von Brauns ist zu gleicher Zeit der Beweis, daß die Sozialpolitik dieser „Arbeitervertreter“ sich um kein Wort von der zentrumspolitischen Politik, die wiederum in voller Hebererinnung mit den Bürgerblockparteiern geht, unterscheidet. Brauns wird als Antwort auf diese Gratulation bald einen neuen Vorstoß auf die Arbeiterrechte machen.

## Der Funktionärförpfer im Betriebe

ist die Stütze des Betriebsrates sein! Ein reformmässiger Funktionärförpfer ist ein Vermögen für die Arbeit der revolutionären Betriebsräte. Schafft revolutionäre Betriebsfunktionäre! E. Robert

● die freierwerbsrechtlichen Betriebsfunktionen!

## Nachforderung von Tariflohn's Betrug

Eine Gipsfelleistung der Klassenjustiz

Wir hatten im vorigen Monat darauf hingewiesen, daß die Arbeitsgerichte sich den Nachforderungen von Tariflohn in der Hauptfrage nicht mehr so ablehnend wie vorher die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte gegenüberstellen und auf zwei Urteile vom Landesarbeitsgericht aufmerksam gemacht, in denen solchen Nachforderungen in weitestem Maße entsprochen wurde. Dieser Einstellung einzelner Arbeitsgerichte möchte offenbar gern die ordentliche Justiz einen Strich durch die Rechnung machen, weshalb einzelne reaktionäre Staatsanwaltschaften und Gerichte nach neuen Wegen zur Bekämpfung der Tarifforderungen der Arbeiterchaft Ausschau gehalten haben. Hierbei sind sie — da zivilrechtlich der Argumentation der Arbeitsgerichte nichts entgegengekehrt werden konnte — darauf verfallen, das Strafrecht zu Hilfe zu nehmen und haben gegen Arbeiter, welche Strafverfahren wegen Nachforderung von Tariflohn vor den Arbeitsgerichten gewonnen haben, Strafverfahren wegen Betrugs eröffnet. Dieser Betrug soll darin liegen, daß die Arbeiter — um einen Vermögensverlust, nämlich den Tariflohn zu erlangen — den Arbeitgeber in den Glauben versetzt hätten, sie würden zu tarifwidrigen Bedingungen arbeiten, obwohl sie in Wirklichkeit wüßten, daß derartige tarifwidrige Abmachungen nichtig sind.

Dieser Fall ist typisch für die Wege, auf die Staatsanwälte und Richter verfallen, wenn es gilt, ihnen politisch und wirtschaftlich mißliebige Geschehnisse, die zugunsten der Arbeiterchaft erlassen sind, zu sabotieren. Dann, wenn ein solches Verfahren allgemein werden würde, wäre die ganze Tarifvertragsordnung nichts als der bekannte Fehler Papier, der der Arbeiterchaft papierne Rechte bringt, sie aber dafür, daß sie diese Rechte für sich in Anspruch nimmt, wegen Betrugs ins Gefängnis steckt. Man wird keinen Kapitalisten, der einen Mietsvertrag mit hohen Mietpreisen abschließt, sich hinterher aber auf die gesetzliche Miete beruft, wegen Betrugs belangen. Man hat auch in den vorliegenden Fällen nicht die Arbeitgeber angeklagt, obwohl auf deren Seite offensichtlich in weit höherem Maße Betrugsabsichten vorhanden waren. Denn sie mußten noch weit mehr als die in Frage kommenden Arbeiter den für ihre Branche in Frage kommenden Tarif kennen und haben möglicherweise bei dem Abschluß des Vertrages die betreffenden Arbeiter in den Glauben versetzt, daß die vereinbarten Bedingungen Tarifbedingungen seien.

Es sind aber nicht nur tatsächliche Gründe, die diese Urteile zu einem Akt der Klassenjustiz stempeln, sondern es kommt noch hinzu, daß diese Urteile auch juristisch den geltenden Gesetzen ins Gesicht schlagen. Der Betrag des § 266 des Strafgesetzbuches setzt eine Vermögensschädigung voraus. Diese kann aber niemals vorliegen, wenn der Arbeitgeber die tarifliche Leistung erhält und dagegen den tariflichen Lohn zahlen muß. Denn das Verhältnis zwischen Lohn und Leistung ist ja gerade durch den Tarifvertrag als zwingende Rechtsnorm festgelegt, und die Nachforderung des Tariflohnes ist somit nicht eine Vermögensschädigung, sondern die Herausforderung einer ungeschuldeten Bereicherung des Arbeitgebers, die Verhinderung einer Schädigung des Arbeiters.

Zweitens aber fehlt die grundlegende Voraussetzung für die Anwendung des Betrugsparagrafen, die Erlangung des rechtswidrigen Vermögenspostells. Hierunter versteht das Reichsgericht jeden Vorteil, auf den kein Rechtsanspruch besteht. Tatsächlich zeigen die Zivilurteile, daß ein solcher Rechtsanspruch doch vorhanden war — sonst hätten die Arbeiter ja in dem zivilrechtlichen Verfahren nicht mit einer Rechtsprechung durchbringen können.

Somit liegt in diesem Vorgehen der Gerichte sowohl sachlich wie rechtlich der unerhörte Vorstoß, die Unabhängigkeit der Tarifverträge, gegen welche man auf politischem Wege nicht mehr ankommt, mit Hilfe von unverschämten Rechtsbeugungen zu besiegeln, wobei von besonderer Blanterie ist, daß der eine der zur Aburteilung gelangten Fälle die „Gefole“, also die Ausstellung für soziale Fürsorge, betroffen hat.

Ortsauschuß des ADGB Seiffenwerder. Mittwoch den 18. Januar wichtige Sitzung in der Kanone.

Verantwortlich für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden. — Druck: „Pewag“, Dresden.

# An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(34. Fortsetzung.)

Erstarrt blickte Harney auf das Mädchen. Ethel Lindjan fuhr fort:

„Der alte Diener sagte, er habe den Schuß gehört, sei herbeigelaufen, da sei die Frau an ihm vorbeigeküsst, rufend „Grüßlein Lindjan hat einen Selbstmordversuch begangen, ich mußte ihr eine traurige Nachricht überbringen; noch ehe ich sie hindern konnte, drückte sie den Revolver ab. Ich fahre sofort um einen Arzt.“ Selbstverständlich ließ er sie gehen, und als ich aus der Ohnmacht erwachte, war sie längst über alle Berge.“

„Wie sah die Frau aus?“

„Schlank, rosig, mit weiligem blondem Haar und großen grauen Augen.“

Unwillkürlich schauderte Harney zusammen; die Beschreibung paßte so gut auf seine Frau

„Sie hatte blondes Haar,“ wiederholte Ethel Lindjan, „und wunderbar rosige Wangen. Sie trug ein hellblaues Kleid.“

„Diese Beschreibung paßt auf hunderte non Frauen,“ rief Harney ungeduldig.

„Ich weiß aber auch, wie sie wirklich heißt.“

„Woher können Sie das wissen?“

„Als sie aus dem Zimmer lief, fiel ihr kleiner Goldbeutel zu Boden, der alte Diener erzählte es mir. Er hob ihn auf, gab ihn ihr zurück. Dabei fiel ein Briefumschlag heraus; wir fanden ihn erst später. Warten Sie, wo habe ich ihn nur hingetan, ich werde ihn gleich finden.“

Sie kramte in der Lade des kleinen Mahagonitisches, der neben der Chaiselongue stand.

„Wie lautet der Name?“ fragte Harney erregt.

„Muriel Price.“

Nachdem Harney umfassende Maßnahmen für Ethel Lindjans Sicherheit getroffen hatte, fuhr er heim.

Während der ganzen Fahrt dachte ihn, als hätte der Motor unentwegt die Worte: „Muriel Price, Muriel Price.“

Wer war diese geheimnisvolle Frau, nach der sowohl er als auch Kagenstein und ein von ihm gedungener Detektiv nun schon längere Zeit gesucht hatten?

Und was hatte diese Frau, in der Tod Benion Rawlens Mörderin vermutete, mit Ethel Lindjan zu tun? Und wer hat sie ausgeliefert, um das Mädchen zu töten?

Er beschloß, auf der Heimfahrt die Fabrik des Vaters aufzusuchen, um mit Benion zu reden. Er und Kagenstein konnten ohne weitere Hilfe die Angelegenheit nicht bewältigen. Als er vor der Fabrik anhielt, sah er erkannt, daß, trotzdem es noch nicht Mittag war, die Arbeit ruhte. Etliche Arbeiter schritten vor der Fabrik auf und ab, als hielten sie Wache.

Nun erklang er sich plötzlich Benions Worte; natürlich, der Streik; kein Brief an den Vater war erfolglos geblieben, die Arbeiter waren in den Ausstand getreten; diese Leute hier hielten Streikposten.

Harney trat an einen der Arbeiter heran, erkundigte sich nach Benion. Der Mann betrachtete ihn mißtrauisch, fragte schüchtern:

„Was wollen Sie von Benion?“

„Ich muß mit ihm reden.“

Der Arbeiter machte ein verblüfftes Gesicht.

„Wissen Sie es denn nicht?“

„Benion ist seit zwei Tagen verschwunden.“

Harney griff sich an den Kopf. Ist er wahnsinnig geworden? In was für einer Welt lebt er denn, was geschieht ringsum?

„Was sagten Sie?“ fragte er verwirrt.

Der Arbeiter wiederholte:

„Benion ist seit zwei Tagen verschwunden.“

Harney ließ den Mann ohne ein weiteres Wort stehen und bestieg das Automobil.

Selbst betäubt fuhr er dahin. Der Motor ratterte und summte. Harney versuchte krampfhaft seine Gedanken zu sammeln. Klarheit in das wilde Wirrwarr seines Gehirnes zu bringen, doch mochten Namen und Begebenheiten wüß durcheinander: John Rawlens, Brathford, Ethel Lindjan, Tod Benion und immer wieder und wieder: Muriel Price.

Funfzigstes Kapitel

„11, 21 / 11, 12, 21, 24 / 11, 12, 14“

Grace empfing ihren Mann mit offensichtlich Freude; sie war heiter und liebevoll, und Harney empfand große Erleichterung, da er sie in dieser Stimmung antraf.

Er erzählte ihr nichts von dem Vorgefallenen; er fühlte, er dürfe jetzt nicht mehr daran denken, müßte sich völlig von all den Aufregungen erholen, seinem Gehirn Ruhe gönnen. Morgen wird er Kagenstein herauskommen lassen, mit ihm die Angelegenheit besprechen, die nächsten Schritte erwägen, denn nun gibt es kein Zögern mehr, nun muß gehandelt werden.

Am Nachmittag war ein Gewitter niedergegangen, hatte die Luft sehr abgekühlt. Grace ließ im Ramin des kleinen Salons ein Feuer entzünden; sie saßen plaudernd da. Im rosigen Schimmer der leuchtendhellen Lampen muete der kleine Raum äußerst traulich an. Grace hatte eine Handarbeit hervorgeholt, flüchte eifrig. Seit seiner Hochzeit hatte Harney noch nie dertat das Gefühl ruhigen, sicheren Glücks empfunden.

Unvermittelt sagte die junge Frau:

„Es ist so schön hier draußen, so still und friedlich. Mir graut vor dem Gedanken, wieder in die Stadt zurückzugehen.“

„Wir könnten ja noch länger hier bleiben.“

„Ja,“ entgegnete sie schmelzend. „Aber weißt du, was ich eigentlich möchte?“

„Was Liebste?“

„Ich möchte ganz hier draußen bleiben, nicht nur den Sommer, sondern auch den Herbst, ja, viellecht sogar den Winter über.“

„Wirst du dich nicht langweilen?“

„Nicht, wenn du bei mir bist.“

„Ist das wahr, Grace?“

„Ja.“

Sie errödete wie ein junges Mädchen, flücherte befangen:

„Ich muß es dir doch sagen, Harney, weißt du, ich irrite, da ich glaube, ich könne für dich bloß Freundschaft empfinden, ich ...“ Sie stockte.

Er trat zu ihr, schloß sie in die Arme.

„Grace, Liebste, du weißt ja nicht, wie glücklich du mich machst.“

„Du kannst doch auch hier draußen arbeiten, nicht wahr?“

„Freilich. Ich werde meine Bücher kommen lassen, alles, was ich brauche.“

Sie wurde vergnügt, dann fiel ein plötzlicher Schatten über ihr zartes Gesicht.

„Wie reich Menschen vergessen,“ sagte sie mit geprehter Stimme. „Ist es nicht John gegenüber eine Untreue, wenn ich dich liebe?“

Harney leuchtete. Noch immer steht der Tote zwischen ihnen, verdrängt ihr Glück.

„Wenn ich ruhig nachdenke,“ fuhr Grace fort, „so weiß ich ja, daß meine Liebe zu dir kein Unrecht gegen John ist; er wollte ja immer nur mein Glück. Aber manchmal erfährt mich eine leitende Angst ... Harney, du wolltest es doch mit Hypnose versuchen.“ Sie schaute bittend zu ihm auf. „Treiß mir die törichtesten Gedanken aus.“

(Fortsetzung folgt.)



|  |   |   |   |
|--|---|---|---|
| <b>FREITAL-POTSCHAPPEL</b>   | <b>FREITAL-BIRKIGT</b>  | <b>BISCHOWSWERDA</b>  | <b>NEUKIRCH / LAUSITZ</b>   |
| <b>Uhren- und Goldwaren</b><br><b>Gerhard Nitsche</b><br>Untere Dresdener Straße 81<br>61444   | <b>Kolonialwaren und Delikatessen</b><br><b>H. Warlo</b> , Untere Dresdener Str. 85<br>61294  | <b>Weymanns Restaurant</b> Coschütz<br>Straße 38, einflüch. reine Vegetar.- und<br>Uebersichtstafel<br>61353  | <b>Modewaren - Konfektion</b><br><b>PAUL HEIDEL</b> , Altmarkt 21<br>61137  |
| <b>Kreuz-Drogerie</b><br>F. Wenzel, Unt. Dresden-Str. 112<br>61443   | <b>Leder / Felle / Därme</b><br><b>Julius Arnold</b><br>Untere Dresdener Straße 94<br>61137   | <b>Dampfbäder Bruno Dersch</b><br>Geilbühler Straße 36<br>61134   | <b>Gahr, Blassold, Fahräder, Rundfunk-<br/>         geräte, Zubehör, Reparaturwerkstatt</b><br>61133                |
| <b>Vorteilhafte Einkaufsquelle</b><br>sämtlicher Herren-Artikel, Filz- u. Pelzwaren<br><b>Bruno Köper</b><br>Untere Dresdener Straße 108<br>Mitglied vom Kabatt- u. Spa- Verein<br>61430 | <b>Blumenbinderi</b><br><b>H. Jahn</b> , Untere Dresdener Straße 94<br>61134  | <b>GITTERSEE</b><br>Uhren - Goldwaren / Reparaturwerkstatt<br>- Zofel Garnet<br>Dresdener Straße 21<br>61132  | <b>Schuhhaus Max Brückner</b><br>Bahnhofstraße 6 / Schuhwaren für<br>Arbeit, Sport, Straße u. Gesellschaft<br>61124 |
| <b>Blumenhaus, Haus- u. Röhrengeräte</b><br><b>Louis Röhler</b> , Dresdener Straße 82<br>61432   | <b>Signarren-Spezialgeschäft</b><br><b>Hans Ringe</b> , Untere Dresdener Straße 86<br>61130   | <b>Bäckerei und Konditorei</b><br><b>Karl Pöschel</b> , Bismarckstr. 1, Tel. 41121<br>61129   | <b>Schuhhaus Oskar Kind</b><br>Altmarkt 27<br>61117   |
| <b>Decorative / Mützen / Hütewaren</b><br><b>H. Pechauer</b> , Gutenbergstraße 1<br>61453  | <b>Damenhüte / Wetterkappen</b><br><b>Geschw. Wansky</b><br>Untere Dresdener Straße 100<br>61128  | <b>COSCHÜTZ</b><br><b>Oswald Helm, Pletsch, Sauerstraße 6</b><br>Konf.- und Korsettbandlung<br>61135  | <b>S. Krademann / Spielwaren, Haus-<br/>         und Kochengeräte / Dresdener Straße 8</b><br>61129                 |
| <b>Kolonialwaren</b><br><b>Bruno Schubert</b> , Schul-, Ecke Rantische<br>61454  | <b>Seifen / Parfümerien</b><br><b>M. Berg</b><br>Untere Dresdener Straße 104<br>61139   | <b>Elisabeth-Drogerie, Rantische Str. 14</b><br>Drogen / Farben / Schmelzen<br>61136  | <b>Musikhaus Paul Blassold</b><br>Altmarkt<br>61125   |
| <b>Signarren / Zigaretten / Zinns</b><br><b>Willy Wenzel</b> , Coschütz Straße<br>61138  | <b>MF Zigarren / Zigaretten</b><br><b>Karl Zieschang</b> , Untere Dresdener Str. 112<br>61129   | <b>Max Nitzsche</b><br><b>Textile u. Modewaren</b><br>Windbergstraße 6<br>61137   | <b>Fahräder, Nähmaschinen, Reparatur</b><br><b>Martin Schuler</b> , Schmiedegasse 2<br>61120                        |
| <b>Weine / Spirituosen / Kolonialwaren</b><br><b>H. Hübner &amp; Sohn</b> , Zehobergstr. 6<br>61437  | <b>Fleisch- u. Wurstwaren</b><br><b>Hermann Wagner</b><br>Untere Dresdener Straße 27<br>61131   | <b>COSSMANNSDORF</b><br><b>Paul Möhlbach, Hauptstr. 12</b><br>Fleisch- und Wurstwaren<br>61135  | <b>Schuhwarenhaus Erich Hornig</b><br>Markt 28<br>61131   |
| <b>Brot- und Feinbäckerei</b><br><b>H. Ehrlichfeld</b> , Schulstraße 2<br>61138  | <b>Uhren / Goldwaren</b><br><b>Alfred Gläser</b><br>Untere Dresdener Straße 108<br>61431  | <b>Gasthof zum Rabenauer Grunde</b><br>No. Freital 367<br>Beliebte Biergaststätte / Ziergarten<br>- Bier und Wein / Ruhe vor dem<br>kleiner Gefühlsurlaub / Bundes-<br>feiertagen / Schilffest<br><b>Hermann Linke u. Frau</b><br>61132 | <b>Möbelhaus R. Fröhlich</b><br>Neumarkt 6<br>61138   |
| <b>Zigarren / Zigaretten</b><br><b>Albin Gläser</b><br>Untere Dresdener Straße 108<br>61137  | <b>Albin Zorn</b><br>Fahrrad- / Nähmaschinen<br>Wägenmaschinen / Grammophone<br>Untere Dresdener Straße 87<br>61139   | <b>Bäckerei und Konditorei</b><br><b>Rudolf Kunze</b> , Otto-Römer-Str. 6<br>61137  | <b>Rudolf Lummer, Milch- und Butter-<br/>         handlung, Kommerz-Straße 15</b><br>61140                          |
| <b>Peize, Herren-Artikel, Schirme</b><br><b>Helene Fischer</b> , Am Markt 1<br>61439   | <b>Damen- und Kinderhüte</b><br><b>Dr. H. H. H. H.</b> , Untere Dresdener Str. 43<br>61131  | <b>Paul Bretschneider, Kirchweg 1</b><br>Fleisch- und Wurstwaren<br>61134   | <b>Kammer-Lichtspiele</b><br>Kommerz- und Bischofswerda<br>Jedes Samstag und Sonntag neuer Spielplan<br>61141       |
| <b>Gute Schuhwaren</b><br>bei Schuh-Verbinden, 2. im Markt 7<br>61130  | <b>Kolonialwaren</b><br><b>Otto Silbermann</b> , Kolonialwaren u.<br>Delikatessen, Untere Dresdener Str. 112<br>3. u. 4. Stock, Untere Dresdener Str. 72<br>61132 | <b>Paul Wenzel, Tharandt, Lebensmittel</b><br>61, Kabatt / Wilschauer Straße 34<br>61139  | <b>Emil Woldauer, Damenputz / Pelz-<br/>         waren / Handarbeiten / Bahnhofsstr. 7</b><br>61140                 |
| <b>Reifenbinderi und Schiffelei</b><br><b>Spezialgeschäft H. Richter</b><br>Untere Dresdener Straße 76<br>61133  | <b>Eberlauffer</b><br><b>Textilwaren-Haus Geeliger</b><br>früher H. Mehlhorn<br>Geeliger Allee, Untere Dresdener Straße 86<br>Telefon 833<br>61135                | <b>THARANDT</b><br><b>Paul Wenzel, Tharandt, Lebensmittel</b><br>61, Kabatt / Wilschauer Straße 34<br>61139   | <b>Ludwig Resch</b><br>Uhren, Goldwaren,<br>Argenturwaren<br>Bautzener Straße 12<br>61135                           |
| <b>Manufaktur- und Modewaren</b><br><b>Carl Paul</b><br>Untere Dresdener Straße 36<br>61134  | <b>Brot, Weiß- und Feinbäckerei</b><br><b>H. Hübner</b> , Untere Dresdener Straße 41<br>61136   | <b>FREITAL-ZUCKERODE</b><br><b>Holz, Briketts, Kohlen</b><br>und Baumaterialien<br><b>Richard Müller</b><br>Burkhardtstr., am Bahnhof / Tel. 108<br>61130   | <b>Mein- und Wurstwaren</b><br><b>ALFRED MÖLLER</b><br>Neudorfer Straße 11<br>61137                                 |
| <b>Fische / Feinkost / Konserven</b><br><b>Oskar Hübner</b><br>Untere Dresdener Straße 46 / Telefon 363<br>61133   | <b>Herren-Mode-Haus Hnauk</b><br>(gegenüber der Hofmühle)<br>Konfektion / Herrenartikel / Tuche<br>60, Kabatt<br>61136  | <b>Feine Fleisch- u. Wurstwaren</b><br>empfiehlt Max Köppl, Wilschauer Str. 131<br>61139  | <b>Feinbäckerei, Konditorei und</b><br><b>Café Erich Köhler</b><br>Bismarckstraße 7<br>61134                        |
| <b>Tapisserei, Weiß- u. Wollewaren</b><br><b>M. Philipp</b> , Am Markt<br>61132  | <b>Fuhrmann's Residenz-Bazar</b><br>Am Markt 8<br>Haus- und Küchengeräte<br>Schokoladen-Konsum<br>61131   | <b>PREIBERG</b><br><b>Das gute Riebeck-Bier</b><br>61137  | <b>Emil Woldauer, Damenputz / Pelz-<br/>         waren / Handarbeiten / Bahnhofsstr. 7</b><br>61140                 |
| <b>Blumenhaus Spittel</b> Untere Dresdener<br>Straße 85<br>61136   | <b>Freitag-Döhlen</b><br><b>Das gute Döhlener Bier</b><br><b>Bruno Claus</b><br>Feine Fleisch- u.<br>Wurstwaren<br>Ob. Dresdener Str. 31<br>61141                 | <b>SCHOKOLADE / KAKAO</b><br><b>PAUL KUHN</b><br>Obermarkt 15 / Herdersstraße 3<br>61134  | <b>GLASHÜTTE</b><br><b>Gasthof „Zur Sonne“</b><br>Döllitz / A. Mühlh. / Lechner Straße 1<br>61128                   |
| <b>Zapfserie und Bekleidungs-<br/>         Galanterie-, Spiel- u. Lebewaren</b><br><b>G. Gold</b> , Untere Dresdener Straße 66<br>61134  | <b>Central-Apothek</b> , Dresden Straße 119<br>Allopathie - Homöopathie - Biochemie<br>Anfertigung sämtlicher Krankenrezepte<br>61139                             | <b>JOHANNES KNOPF</b><br>Weinasse 2<br>Glas, Porzellan, Steingut, Stahlwaren<br>61130   | <b>M. Brückert, Friseur</b> , Haupt-<br>straße 18<br>61429  |
| <b>Buch- und Papierhandlung</b><br><b>Gotthard Wilhelm</b> , Frankl. Markt, Markt 3<br>61132   | <b>Döhlener Hof</b><br><b>Zur roten Schänke</b><br>Versammlungslokal d. Arbeiterschaft<br>von Freital, Unt. Dresdener Str. 124<br>61430                           | <b>Möbel- u. Sarglager</b><br><b>Günther &amp; Sohn</b><br>Bertholdsdorfer Straße 10<br>61131   | <b>Paul Mende, Hauptstraße 36</b><br>Fahrradhandlung und Reparatur<br>61430   |
| <b>Glas / Porzellan / Bilderrahmen</b><br><b>Julius Jacob</b> , Untere Dresdener Straße 103<br>61134   | <b>Martin Kunze</b><br>Hauptstraße 17, empfiehlt seine<br><b>IA Fleisch- und Wurstwaren</b><br>61432  | <b>Wäscherstoffe</b><br><b>Wäsche / Linoleum</b><br><b>Louis Mehner</b><br>Ritter-<br>gasse 6/8<br>61132  | <b>Paul Mende, Hauptstraße 36</b><br>Fahrradhandlung und Reparatur<br>61430   |
| <b>Such- und Papierhandlung</b><br><b>Gotthard Wilhelm</b> , Frankl. Markt, Markt 3<br>61132   | <b>Bruno Thömel</b><br><b>Bäckerei und Konditorei</b><br>Schachtstraße 2<br>61431   | <b>LAUSSNITZ</b><br><b>„Luthereiche“</b> , Dresdener Str. 21<br>Verkehrslokal der Arbeiterschaft<br>61138   | <b>Paul Mende, Hauptstraße 36</b><br>Fahrradhandlung und Reparatur<br>61430   |
| <b>Max Köppl, Wilschauer Straße 131</b><br>61139   | <b>Helene Seifert</b><br><b>Grünwaren und Delikatessen</b><br>Schachtstraße 2<br>61434  | <b>Max Riemer</b> Materialwaren<br>82 a<br>61139  | <b>Paul Mende, Hauptstraße 36</b><br>Fahrradhandlung und Reparatur<br>61430   |
| <b>Freitag-Deuben</b><br><b>Melerei-Bewirtschaftung Freital</b><br>Täglich frische Milch / Butter / Käse / Eier<br>Großhandel / Kleinhandel<br>61472                                     | <b>Freital-Niederhaslich</b><br><b>Ernst Walthar</b> , Werkzeuge, Haus-<br>und Küchengeräte, Poststraße 80<br>61473   | <b>OTTENDORF-OKRILLA</b><br><b>Hermann Krüger</b> , Kolonialwaren<br>Radeburger Straße 27<br>61439  | <b>Paul Mende, Hauptstraße 36</b><br>Fahrradhandlung und Reparatur<br>61430   |